

Das Info aus der Flora
Oktober 96 No 53
Die Abgabe erfolgt unentgeltlich

Liebe Leute,
bei der Erstellung dieser Nummer haben wir uns gegen den Abdruck der Erklärung der „Kreml-Falken" vom 2.9.96 entschlossen. Die Lumpen haben die heilige Rote-Flora-Fahne geklaut, was wir eine riesen Sauerei finden. Das ist echt nicht komisch!
Nicht mehr rechtzeitig erreicht hat uns dagegen das Kritikpapier zu den Leuten, die u.a. die oben erwähnte Erklärung einfach mit Paketklebeband an den frischgestrichenen (!) Voküpfeiler gehängt haben, obwohl dadurch doch die Farbe beschädigt werden könnte und alles dann gar nicht mehr schön aussehen würde.
Ansonsten jedoch ohne Probleme, Zeit und Verstand

die Zeck-MacherInnen

In dieser Ausgabe:

Ordner:
- Pressespiegel zur Demo in Grevesmühlen am 31. August
- Kopiervorlage für eine Unterschiftenliste zur Freilassung der „7 von Yanga"
- Erklärung Kreml-Falken

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora. Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.a. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schaferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag



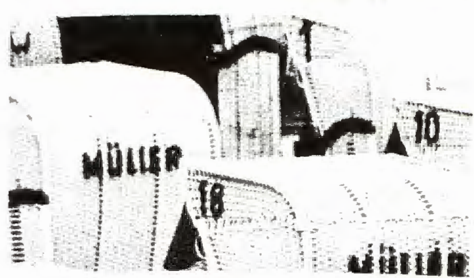
Soliparty für die Betroffenen von den Bullenangriffen vom 16.6.95

Zur Erinnerung:
Am 16. Juni 95 sollte in Hamburg als Reaktion auf den Überfall der BAW wegen 'radikal', AIZ, K.O.M.I.T.E.E. und RAF eine Demonstration stattfinden. An den Messehallen sammelten sich 500 Menschen, aber schon nach einem kurzen Weg durch das Karoviertel wurde die Demo von einem aggressiven Großaufgebot der Bullen mit der Begründung der Vermummung diverser DemoteilnehmerInnen gestoppt. Weil klar war, daß es kaum durchsetzbar gewesen wäre, die Demo wie geplant durchzuführen, wurde beschlossen zum Auftaktort zurückzugehen und die Demo dort vorläufig zu beenden. Am selben Abend wollten dann Leute an einer im Rahmen des Kirchentages stattfindenden Mahnwache gegen rassistische Bullenübergriffe vor der Davidswache teilnehmen. Ein Demozug formierte sich an der Flora, aber schon an der Kreuzung der Juliusstraße/Stresemannstraße tauchte erneut ein massives Bullenaufgebot auf und wollte den Zug verhindern. Durch das gesamte Schanzenviertel rückten Bulleneinheiten gegen die Flora vor. Nach kurzen Auseinandersetzungen in der Juliusstraße und auf dem Schulterblatt versuchten sich die meisten Leute in den Park und die Flora zurückzuziehen, als der Einsatzzug Mitte, anscheinend mit der Aufgabe mit allen Mitteln so viele Festnahmen wie möglich durchzuführen, wild um sich prügelnd in den Park stürmte. Es gab über dreißig Festnahmen und mindestens vier Verletzte.
Als Ergebnis dieses Tages, gibt es jetzt einen rechtskräftigen Strafbefehl uber 450.- und drei anstehende Prozesse wegen Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung usw.. Anfangs sah es noch nach relativ nervigen und unter Umständen teuren Routineprozessen aus. In der Zwischenzeit hat sich allerdings gezeigt, daß Bullen und Staatsanwaltschaft in mindestens einem Fall Interesse an einer hohen Verurteilung haben, vermutlich weil gleichzeitig Verfahren gegen mehrere Schläger des Einsatzzugs Mitte wegen Körperverletzung im Amt laufen.

Wie immer wird das ganze vermutlich teuer und wir brauchen dringend Geld für die anstehenden Kosten. Deswegen gibt es am 19. Oktober in der Flora eine Soli-Party mit einer Info-Veranstaltung zum Stand der 'radikal' und 16.6. Verfahren, Konzert, Abtanz und Überraschungen.

Beginn der Veranstaltung um 19 Uhr in der VoKü, Konzert um 20.30 Uhr mit **Heftich** aus Hamburg (*es gibt schlimmeres als in einer sonnenlosen Erdgeschoßwohnung zu leben, nämlich Musik, die so klingen möchte, als wohne man gerne dort*) und einer weiteren Gruppe, die bis jetzt leider noch nicht feststeht
Eintritt: 6.-

Prozeßgruppe 16.6.



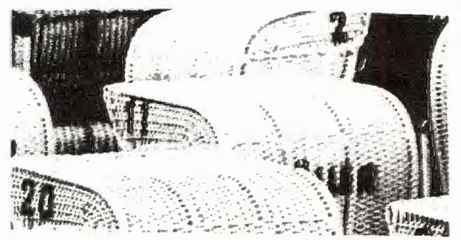
(Vergeblicher) Versuch, die radikal im Internet zu zensieren

Ende August verschickte die Bundesanwaltschaft (BAW) an verschiedene Internetprovider (das sind die Firmen/Organisationen, über die mensch von zuhause ins Internet kommt) ein Fax, in dem sie den BetreiberInnen mitteilte, diese würden "sich möglicherweise einer Beihilfe zu Straftaten strafbar machen, soweit Sie auch weiterhin den Abruf [der radikal-] Seiten über Ihre Zugangs- und Netzknoten ermöglichen sollten."
Explizit genannt wurden folgende Adressen, unter denen sich die Gesamtausgabe der radikal 154 abrufen läßt:
http://www.serve.com/spg/154/
http://www.xs4all.nl/~tank/radikal//154/
http://ourworld.compuserve.com/homepages/angela1/radilink.htm.
Dieses Fax der BAW führte erst einmal dazu, daß einige kleinere Internetprovider in vorauseilendem Gehorsam ihren BenutzerInnen den Zugang zu diesen Seiten sperrten. Anders die "großen" Anbieter wie T-Online oder CompuServe. Die vertreten aus naheliegenden Gründen die Auffassung, daß sie - ähnlich wie die Post - für den Inhalt der von ihnen transportierten Daten nicht verantwortlich sind.
Aber es zeigten sich auch andere Reaktionen im Internet. Schon kurze Zeit nach Bekanntwerden des Zensurbegehrens der BAW wurde die aktuelle Ausgabe der radikal von NutzerInnen in der ganzen Welt auf diverse Rechner kopiert, so daß sie statt auf zwei Rechnern schließlich auf fast 50 weiteren abgerufen werden konnte. (Die Liste hier abzudrucken wäre wohl sinnlos, aber die Eingabe des Suchworts "radikal 154" in eine der Internetsuchmaschienen führt eineN zu den diversen Adressen.)

Und auch in der nicht virtuellen Welt gab es Reaktionen auf den Kriminalisierungsversuch der BAW: Am 21. September sollte beispielsweise bei Arnheim an der niederländisch-deutschen Grenze eine öffentliche Verkaufsdemonstration der radikal stattfinden.
Letztlich hat der Zensurversuch der BAW wohl eher zu Verbreitung der radikal beigetragen.

Zeck im Internet

Auch die Zeck gibt's inzwischen im Internet. Dankenswerterweise stellt die Infogruppe Hamburg die Zeck neben anderen Zeitschriften im Nadir-Archiv im Internet zur Verfügung. Wer also die "Online-Ausgabe" gerne mal angucken möchte, oder Artikel aus älteren Ausgaben sucht, findet die Zeck unter folgender Adresse:
http://www.nadir.org/NA/Text/Magazine/Zeck/



Vergewaltiger in Schleswig

Ulf Rathke, zur Zeit wohnhaft in Schleswig, ist ein mehrfacher Vergewaltiger. Er hat sich bisher als linkspolitischer Mensch dargestellt und hält sich in alternativen Zentren und Zusammenhängen in Schleswig-Holstein auf. Er ist anerkannter Erzieher.
Zwei betroffene Frauen haben sich entschlossen, ihn als Täter zu outen und damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Obwohl Ulf Rathke mit seiner Tat konfrontiert wurde, hat er sich bisher überhaupt nicht oder sehr abwehrend, widersprüchlich und einfach beschissen verhalten.
Ulf R. ist über die Veröffentlichung seines Verhaltens schriftlich informiert worden. Folgende Forderungen sind an ihn gestellt worden:
1. Keine Kontaktaufnahme zu den betroffenen Frauen.
2. Raus aus gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen.
3. Auseinandersetzung mit der Tat und Teilnahme an einer Tätertherapie!
Es ist notwendig, daß sich ihm gegenüber konsequent verhalten wird und daß ihm kein Rückhalt bzw. Rückzugsraum geboten wird, wo immer er auftaucht.
SCHMEISST IHN RAUS!
P.S.: Falls Ulf wie vermutet seinen Wohnort wechselt, werden wir dies mitteilen.
Einige Leute aus Rendsburg

L'europe des luttes (c/o Schwarzmarkt)

Repressionswelle in Italien

Am Morgen des 17. September 1996 haben ca. 300 Personen der Sondereinheiten der Römischen Carabinieri Hausdurchsuchungen bei und Verhaftungen von AnarchistInnen im gesamten Italienischen Staatsgebiet durchgeführt: 60 Durchsuchungen, 70 Ermittlungsverfahren, 20 Haftbefehle, zusätzlich noch 9 gegen die sowieso schon inhaftierten AnarchistInnen Jean Weir (eine bekannte anarchistische Autorin), Antonio Budini, Carlo Tesseri, Christos Stratigopoulos, Marco Camenisch. Die (bis auf Marco) wurden Anfang dieses Jahres, mittels einer falschen Kronzeugin, zu 6 Jahren Knast wegen 2 Banküberfälle, die sie nicht begangen haben, verurteilt. Der Berufungsprozess findet am 7.9.96 in Trient statt.

Die Repression ist Teil eines Konstruktes, aufgebauscht vom Römischen Richter Antonio Marini und von den Staatsanwälten Ionta und Vigna, mit dem Ziel die Existenz einer 'phantomähnlichen umstürzlerischen paramilitärischen anarchistischen Organisation' zu beweisen. Die erste Durchsuchungswelle fand im Februar 95 statt, aber es wurden niemals und nirgends Waffen, Geld, Verstecke oder Dokumente entdeckt, die der 'Bande' gehören könnten, welcher tatsächlich immer noch ein Name fehlt..

Einige der beschuldigten sind sofort verhaftet worden und auf Veranlassung des Richters Marini sofort in das Gefängnis von Rebibbia gebracht worden, andere sind zur Zeit noch untergetaucht. Unter den Festgenommenen befinden sich Alfredo Bonanno (Ehemann von Jean Weir, und Verfasser zahlreicher in der Anarcho-szene bekannnten Texte), Giuseppina Ricobuoni (Partnerin von Antonio Budini), Stefano Moreale, Tiziano Adreozzi, Salvatore Gugliara und Antonio Gizzo. Die Festgenommenen befinden sich in strenger Isolationshaft, und können nicht einmal mit ihren AnwältInnen sprechen.

Die Anklagen sind schwerwiegendst und reichen von 'umstürzlerische Vereinigung' über 'Bewaffnete Raubüberfälle' bis hin zu 'Mord'. Praktisch wird versucht, der anarchistischen Bewegung sämtliche ungelöste Straftaten der letzten Jahre anzuhängen, ohne dass es auch nur die geringsten Beweise dafür gibt. Besonders hinweisend auf das laufende Klima und die Akte der Verfolgung ist ein Ausspruch des Richters Marini -'bevor ich in Pension gehe, werde ich eine Terroristenbande einknasten'.

Äusserst beunruhigend ist auch die Presseerklärung der Carabinieri, in der von einer (nicht vorhandenen) 'umstürzlerischen Organisation' die Rede ist, welche auf 'zwei Ebenen strukturiert' sein soll: eine interne, offenbar versteckte und illegale Ebene, geschützt von einer zweiten Ebene, die sichtbarer ist, ideal um 'sich in der sozialen Umgebung zu tarnen und um gemeinsam mit anderen umstürzlerischen Subjekten in gefährlichen kriminellen Vereinigungen zu wirken'. Es ist eindeutig, dass sie mit dieser 'zweiten Ebene' vorhaben, all jene Realitäten und Orte des Zusammenseins und Solidarität zu treffen (wie El Paso in Turin oder andere besetzte Häuser, Orte und Zentren Italiens), die all jene unterstützt haben und unterstützen, die sich nicht den repressiven Apparaten des Staates unterwerfen.

Dieser Text wird mit geringfügigen Änderungen von einer Übersetzung eines italienischen Textes von A-Infos (D) nachgedrückt. Für mehr Infos könnt Ihr anschreiben: A-Infos (D), c/o Barrikade, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, Deutschland. Es gibt auch eine Broschüre zu den Anklagen gegen Jean, Christos, Antonio und Carlos, für 3 DM + 1, 50 Porto bei Die Lunte, Haus 33, Dogmagstr. 33, 80807 München erhältlich.



Strassenfeste in England

Am 24.8. also am Tag des Strassenfestes hier im Schanzenviertel, wurde versucht eine Strassenbesetzung unter dem Motto 'unter dem Pflasterstein liegt der Strand...' in der Küstenstadt Brighton durchzusetzen. Diese wurde von einem massiven Polizeiaufgebot verhindert, und eine Jagd durch die Strassen der Stadt folgte. 80 Menschen wurden festgenommen. Wenige Tage später hat die Gruppe 'Justice?' versucht, ein

Die Linke und Lübeck

Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht

Am 16. September beginnt der Prozeß gegen Safwan Eid. Er soll den Brand am 18.1. in der Hafenstraße gelegt haben. Kein Indiz weist darauf hin, daß es tatsächlich Safwan war – eine Menge Indizien jedoch auf vier Nazis aus Grevesmühlen, die von den Ermittlungen unbehelligt bleiben bzw. gedeckt werden.

In der Linken schlagen die Wellen hoch, es gibt zwei wesentliche Ansätze, der große Teil jedoch schweigt oder grenzt sich von der einen oder anderen Position ab, die im folgenden skizziert werden:

Auf der einen Seite gibt es das «Lübecker Bündnis gegen Rassismus», das den Schwerpunkt seiner Arbeit darin sieht, die rassistischen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft offenzulegen und anzuklagen. Dabei ist für sie das rassistische Verhalten der Justiz, als «Skandal des Verfahrens gegen Safwan Eid» anzusehen. Dem Bündnis geht es darum, zusammen mit der internationalen unabhängigen Kommission öffentlichen Druck zu erzeugen, um bald einen Freispruch für Safwan und eine Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen die Grevesmühlener zu erreichen. Auf der anderen Seite gibt es einen Zusammenschluß von MigrantInnen, AntifaschistInnen und Antinationalen in Berlin, die die Demonstration in Grevesmühlen am 31.8. vorbereitete. Die Demo wurde verboten, eine spontane Kundgebung am Ort verhindert, die TeilnehmerInnen wurden zusammengeprügelt und für Stunden festgenommen. Dem ganzen sahen 40 Faschos mit Hitlergruß zu. Der Demovorbereitungsgruppe ging es darum, «rassistische Anschläge präventiv zu verhindern», also den RassistInnen (sowohl den Nazis als auch den «ganz normalen Deutschen») durch Präsenz vor Ort klarzumachen: Wir sind hier, paßt bloß auf, was ihr macht, sonst...!? Die Vorbereitungsgruppe sieht in dem «deutschen Rassismus» etwas spezifisches, etwas einzigartiges. Ihr geht es darum, aufzuzeigen, daß die TäterInnen den Willen und die Unterstützung einer breiten (deutschen) Bevölkerungsschicht repräsentieren, daß die Neo-Nazis in ihrem Alltag die «Töchter und Söhne von nebenan sind». Da die deutsche Bevölkerung sich schon längst entschieden hätte, könne mensch von Deutschland als TäterInnenkollektiv ausgehen.

Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus griff diese Position mehrmals an: In der Tageszeitung Lübecker Nachrichten (LN) vom 13.8. hieß es von Seiten des Sprechers des Bündnisses «Eine umstandslose Identifikation des Ortes Grevesmühlen mit den möglichen Brandstiftern halten wir für fatal (...)» Zudem gebe es keine Zusammenarbeit mit Gruppen vor Ort, eine Demonstration könne von Menschen aus Grevesmühlen nur als Einfall der «Besserwessis» verstanden werden. Die Parolen (...) seien offensichtlich unpolitisch und sektiererisch und schließlich gebe es keine Beweise, daß die vier Grevesmühlener tatsächlich für den Brand verantwortlich seien. Eine Demonstration in Grevesmühlen sieht das Bündnis als kontraproduktiv für die bzw. ihre politische Arbeit an. (Siehe LN vom 13.8. und jW vom 22.8.1996)

D.h., es gibt keine Zusammenarbeit, keinerlei gegenseitige Unterstützung, die LübeckerInnen mobilisierten nicht für die Demo nach Grevesmühlen. Der Logik ihres Ansatzes nach wäre die primäre Vorraussetzung für eine Demo in Grevesmühlen die erwiesene (also öffentlich anerkannte und von einem deutschen Gericht bestätigte) Tatsache, daß die Faschos aus diesem Ort das Haus in der Hafenstr. in Brand gesetzt haben. Dann könnte sich die Demo konkret auf die betreffenden Typen, ihre Umgebung und ihre Strukturen vor Ort beziehen und wäre vermittelbar. Das Bündnis zeigt viel Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat – zuviel, wie wir meinen. Dies ist unserer Meinung nach ein Widerspruch antirassistischer Politik in sich.

Wir kritisieren das Verhalten der Vorbereitungsgruppe, das sehr deutlich zeigt, daß man/frau sich entweder hinter ihre Position zu stellen hat, oder aber sie in Ruhe läßt, wenn es Kritik an der Herangehensweise gibt. Aber wir verurteilen klar das Verhalten des Sprechers des Lübecker Bündnisses: Wie kommt ein linkes Bündnis dazu, in den LN Stellung zu nehmen und einen anderen linken Ansatz, der genauso wie sie von Repression betroffen ist, zu diffamieren? Aus welcher politischen Logik heraus kommt das Bündnis nicht nur zu dem Schluß, daß eine Demo in Grevesmühlen kontraproduktiv für ihre Arbeit ist sondern auch – nach Anfrage anderer Gruppen aus Berlin – eine Demo zum Prozeß in Lübeck nicht erwünscht ist? Außerdem ist zusätzlich eine Kontaktaufnahme mit den MigrantInnen aus der Lübecker Hafenstraße blockiert worden.

Obwohl wir es richtig finden, Auseinandersetzungen auch mit Schärfe zu führen, halten wir den Stil der gegenwärtigen Debatte für perspektivlos. Unser Ziel bleibt es – auch in dieser Auseinandersetzung –, die ohnehin schwachen Kräfte zu bündeln und zu einer Gemeinsamkeit im Handeln zu gelangen. Aber mit wem ist Gemeinsamkeit möglich? Die alte Frage nach der Gestaltung von Bündnissen und der Klarheit eigener Inhalte und Positionen gewinnt gerade im Antirassismus an Brisanz. Sind weite Bündnisse mit denjenigen, die die Abschaffung des Asylrechts zu verantworten haben, möglich? Wie weit müssen antirassistische Forderungen wie die nach einem Bleiberecht für Alle! abgeschwächt werden, um in Orten wie Grevesmühlen vermittelbar zu sein? Soll in Grevesmühlen, Mahlow, Hattingen überhaupt noch etwas vermittelt werden, haben sich die Menschen dort nicht schon lange entschieden? Gegen uns, gegen die MigrantInnen, für «ihre» Nazis? Erst nach der Klärung dieser Widersprüche wird ein gemeinsames Handeln möglich sein.

Antirassismus ohne Marketing!

Von antinationaler Seite folgt die prompte Antwort auf den Artikel der Lübecker Nachrichten: Betitelt mit «Stellungnahme zur Staatsschutzdenunziation gegen die Demonstration in Grevesmühlen am 31.8. durch das Lübecker Bündnis gegen Rassismus» wird nun wiederum das Bündnis angegriffen. Es ist falsch, den Lübecker Nachrichten solche Interviews zu geben. Ob es sich dabei aber um eine «Staatsschutzdenunziation» handelt? Was bleibt, ist nicht der Eindruck, daß es einen Willen zur Auseinandersetzung gibt, sondern allein den Willen zur Grenzziehung. Wenn die Nacht am tiefsten, so scheint es, möchten sich hier einige noch schnell auf die richtige Seite retten, und die Frage nach Mensch oder Schwein beantworten, indem sie die klare Trennungslinie zum «Gegner» vollziehen. Fragt sich nur, ob diese Kategorien auch nur einen Schritt weiterführen. Denn Klarheiten im Antirassismus gibt es so wenig wie antirassistische AktivistInnen: Gruppen, die sich für Flüchtlinge und MigrantInnen praktisch engagieren, indem sie sich um Asylangebote bemühen, ohne daß die dabei einen revolutionären Ansatz haben sind nicht unbedingt unsere Gegner. Noch so sehr kann mensch sich bemühen: eine Klarheit ist in dieser Frage nicht so einfach zu haben, wie es zum Teil von antinationaler Seite eingefordert wird.

Nicht geholfen ist der antirassistischen Bewegung, wenn die Diskussion einen Punkt erreicht, wo nur noch antirassistisch sein kann, wer nichtdeutsch oder «antideutsch» ist.

Wir würden die Vorbereitungsgruppe in Berlin an folgenden Punkten grundsätzlich unterstützen: «Wo liegt das Problem, wenn nicht nur rassistische Ermittlungen ins Kreuzfeuer der Kritik genommen werden, sondern auch jene, denen die Opfer und Toten von rassistischer Gewalt am Arsch vorbei gehen?» Es ist nur so, daß wir uns nicht anmaßen würden zu behaupten, daß allen (z.B.!) Grevesmühlenern und Grevesmühlenerinnen rassistische Gewalt und deren Opfer und Tote am Arsch vorbei gehen. Ist ganz Grevesmühlen denn tatsächlich ein TäterInnenkollektiv, das als Ganzes angegriffen werden muß? Ist ganz Deutschland tatsächlich ein TäterInnenkollektiv? «Die Auffassung der Demovorbereitungsgruppe, Deutschland als einheitlichen Handlungsträger zu sehen, Gesellschaftskritik durch Ethik zu ersetzen, einen Handlungszwang auszusprechen, Rassismen zu nivellieren und einen Geschichtsdeterminismus aufzubauen, hat wenig mit re-

volutionärer Analyse und Politik und viel mit dem Ankämpfen gegen die eigene politische Niederlage zu tun.» (gruppe demontage, Hamburg in der jW vom 7/8.September)

TäterInnen sind nicht zu entschuldigen, dennoch muß mensch sich fragen, was zu dem momentanen Zustand, der sich ein bißchen wie Erstarrung anfühlt, geführt hat. Wie kann es sein, daß linke AntirassistInnen das Stillhalten der deutschen Linken zu Lübeck auf die Vertuschungen der Staatsanwaltschaft zurückführen? Uns erinnert das an das Prinzip: «Wir haben alle nichts gewußt (aber wir haben auch nicht nachgeforscht)». Nicht Aufgeben heißt aber trotz alledem auch auf Kommunikation und Vermittlung zu setzen, dort wo es Not tut. Für uns als AntirassistInnen mit deutschem Paß heißt das auch, den Widerstand der MigrantInnen zu unterstützen, indem wir versuchen, Öffentlichkeit zu schaffen. Dabei verwechseln wir Öffentlichkeitsarbeit jedoch nicht mit Marketing wie so manche/R aus dem Lübecker Bündnis.

Nicht alle, die sich nicht rühren, sind TäterInnen!

Wir kennen nicht ganz Grevesmühlen; aber wir wissen sehr wohl, daß es in Grevesmühlen schon lange abgeht, daß es dort einen Bürgermeister gibt, der meint, in Grevesmühlen gebe es keine Nazis; ebenso die PDS-Sprecherin, die eine organisierte Naziszene in Grevesmühlen leugnet; daß es einen Jugendzentrumsleiter gibt, der in Grevesmühlen bislang noch keine Nazis wahrgenommen hat. Die vier Männer sind Faschos, und es ist allgemein bekannt, woher sie kommen; bei der Absicht in Grevesmühlen am Bahnhof eine Kundgebung abzuhalten wurden die DemonstrantInnen von Faschos mit Hitlergruß empfangen und verabschiedet, nachdem die 700 Bullen alle 200 TeilnehmerInnen verhafteten, verprügelten und z.T. über 7 Stunden einknasteten. Wir sehen die Unterstützung der Nazis durch ihre MitbürgerInnen, wir wissen um den dumpfen Stammtischrassismus und die latente Pogromstimmung in der ganz normalen Kneipe um die Ecke und es ist klar, sich dagegen zu wehren und den Rassisten entgegenzutreten. Doch wir meinen nicht, daß dadurch, daß alle in die gleiche Schublade gesteckt werden, der rechten Hegemonie in dieser Gesellschaft Einhalt geboten werden kann.

Der Sprachlosigkeit folgt der Frontalangriff. Den einen erscheint die Demo in Grevesmühlen vom 31. August als Provokation (ist nicht nett, wenn man/frau im eigenen Ort mit einem rassistischen Vorwurf konfrontiert wird), den anderen als Widerstand (MigrantInnen rücken den deutschen Tätern auf die Pelle, um sich zu wehren). Wie aber kann sich antirassistischer und antifaschistischer Widerstand verbreitern?

Vermittlung und Legitimierung der eigenen Praxis bleiben für uns zentral. Nicht weil wir uns scheuen genau hinzugucken, sondern weil wir sehr wohl genau hingucken. Eine Linke, die auf die Möglichkeit von Vermittlung verzichtet, ist kein Faktor. Denn zu Ende gedacht bedeutet das: entweder die Kriegserklärung gegenüber der deutschen Bevölkerung oder die Emigration. Und noch immer gilt: Die Zukunft ist noch nicht geschrieben- Das Lied vom Ende der Geschichte ist eine alte Leier. Und: Zähne zeigt wer's Maul aufmacht!

Bleiberecht für Alle!

Freiheit für Safwan Eid!



FelS-Antifa
c/o Buchladen
Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Grevesmühlen, ein Ort in Deutschland

Dieser Text erschien zuerst in der „jungen Welt„ vom 7./8. Sept. 96. Leider ist er dort nicht vollständig abgedruckt und um zentrale Passagen gekürzt worden.

Der Streit um die Demonstration in Grevesmühlen (siehe die Stellungnahmen der Berliner Vorbereitungsgruppe und des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus in der jw vom 22.8.) macht Defizite in der anti-nationalen Linken deutlich. Wir, die gruppe demontage aus Hamburg, haben mit zur Demonstration nach Grevesmühlen aufgerufen. Gerade wegen der Nähe zu den Vorstellungen der BerlinerInnen wollen wir mit einer Kritik an ihnen versuchen, die anti-nationalen Positionen weiterzuentwickeln.

Sie schreiben, daß sich "Deutschland seiner nächsten Vergangenheit zu entledigen versucht". Das Land als ganzes, mit allen BewohnerInnen und sozialen Strukturen, wird damit zum Subjekt von Handlungen gemacht. Die deutsche Gesellschaft aber besteht weder aus einem Block, noch existiert sie als handelnde Einheit. Im gesellschaftlich vorherrschenden Rassismus gibt es ebenso Abstufungen wie im Widerstand dagegen.

Die BerlinerInnen rechnen diejenigen zu den rassistischen TäterInnen, die "diese Taten unwidersprochen gutheißen oder sich der individuellen Verantwortung entziehen, sich diesen entgegenzustellen". Diese Formulierung ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Der Begriff TäterIn steht immer auch in einem juristischen



Kontext. In einem Straftatbestand wird ein bestimmtes Verhalten, z.B. ein Diebstahl, von seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen getrennt, um es unabhängig davon bestrafen zu können. Wenn dieses instrumentelle Verhältnis auf eine Gesellschaftskritik übertragen wird, führt dies zu einer Verdoppelung der Abstraktion. Anstatt ein soziales Verhältnis, wie den Rassismus, als ein Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlicher Struktur und eigenverantwortlichem Handeln zu betrachten, wird der Rassismus über den TäterInnenbegriff auf die Ebene persönlicher Schuld gehoben. Eine materialistische Bestimmung wird durch Ethik ersetzt.

Der Kreis der RassistInnen wird von den BerlinerInnen sehr weit gezogen. Alle, die sich nicht "entgegenstellen", also aktive Anti-RassistInnen sind, gehören, um bei ihrem Bild zu bleiben, zu den TäterInnen. Daran ist richtig, daß es keine gesellschaftliche Neutralität gibt, auch Nicht-Handeln hat Auswirkungen. Daraus läßt sich aber noch lange kein TäterInnenkollektiv behaupten, daß diejenigen, die brandmorden oder dies decken, gleichsetzt mit denen, die den Mund nicht aufkriegen.

"Rassismus", so die BerlinerInnen, "gibt es überall, aber nirgendwo so vernichtend wie in Deutschland". An dieser Verknüpfung ist zweierlei falsch. Es gibt keinen weltweiten

Rassismus, sondern qualitativ sehr verschiedene Rassismen. Weil das so ist, wird es nicht feststellbar sein, welcher Rassismus vernichtender ist. Sind Tausende Schwarze in US-amerikanischen Todeszellen einem größeren Vernichtungsangriff ausgesetzt als Flüchtlinge in Deutschland? Die eine Angriffsart läßt sich mit der anderen nicht vergleichen. Die Vergangenheit läßt sich auf eine Vergesellschaftungsstruktur hin analysieren, auf strukturelle Tendenzen. Die zukünftige Entwicklung ist jedoch auch eine Frage von Klassenkämpfen. Die Auffassung der Demovorbereitungsgruppe, Deutschland als einheitlichen Handlungsträger zu sehen, Gesellschaftskritik durch Ethik zu ersetzen, einen Handlungszwang auszusprechen, Rassismen zu nivellieren und einen Geschichtsdeterminismus aufzubauen, hat wenig mit revolutionärer Analyse und Politik und viel mit dem Ankämpfen gegen die eigene politische Niederlage zu tun. Diese Positionen schaffen einen klar abgrenzbaren und übermächtigen politischen Gegner, betonen die individuelle moralische Verpflichtung zum Kampf, erklären alle zum Feind, die nicht Teil der eigenen Strömung sind. Eine solche Selbsteinordnung mag das nackte politische Überleben in Zeiten politischer Isolation ermöglichen, zu neuer Stärke kommen wir damit nicht. Mit unserer Kritik verbinden wir auch die Hoffnung, daß sich andere Teile der antirassistischen Bewegung mit anti-nationalen Positionen auseinandersetzen und damit Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktionen entstehen.

Die ausgrenzende Argumentation des Lübecker Bündnisses steht einer Verständigung entgegen. Wir halten es weiterhin für richtig, in Grevesmühlen zu demonstrieren. Wer erst wie die LübeckerInnen "eine entsprechende Sicherheit" braucht, ob die BrandstifterInnen aus Grevesmühlen kommen, will nichts begreifen. Es geht darum, gegen ein vielerorts anzutreffendes soziales Umfeld zu demonstrieren, das mit seinem aktiven und passiven Schutz Anschläge und Pogrome mit ermöglicht: "Grevesmühlen steht exemplarisch für den rassistischen Normalzustand in diesem Land" (Demoaufruf). Daraus einen "massenhaften Einfall von >Besserwessis<" zu machen, ist demagogisch. Die Identifikation der EinwohnerInnen aus Grevesmühlen mit RassistInnen ist frei gewählt. Auch die Strategie der Staatsanwaltschaft, welche die Opfer zu TäterInnen macht, funktioniert nur, weil es ein gesellschaftliches Umfeld dafür gibt. Wir können deshalb im Nachhinein nur noch deutlich machen, daß wir das jetzt und für die Zukunft nicht akzeptieren werden. Deshalb zur Demo nach Grevesmühlen. Für den Weltkommunismus

gruppe demontage/Hamburg

Polizei rettete Grevesmühlen vor 300 DemonstrantInnen

Unter dem Motto "Die TäterInnen sind überall - auf nach Grevesmühlen" wurde von einer Vorbereitungsgruppe in Berlin eine Demonstration initiiert. Um am 31. August dort zu protestieren, wo diejenigen ungestört leben, die aller Wahrscheinlichkeit nach den mörderischen Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße am 18. Januar 96 begangen haben.



I. Widersprüche bei der Mobilisierung

Bereits im Vorfeld war der Ansatz der Demo umstritten, weil der Aufruf Rassismus ausdrücklich nicht auf staatliche Politik reduzierte, sondern den gesellschaftlichen Rassismus in den Vordergrund stellte. So heißt es im Aufruf:

"Die Reaktion der GrevesmühlerInnen darauf, daß 'ihre Jungs', 'ihre Söhne' angeblich die Brandstifter von Lübeck gewesen sein sollen, sprechen Bände: sie können sich in ihr Grevesmühlen zurückziehen und werden von allen Seiten gedeckt. Denjenigen, die sich schützend vor 'ihre Kinder' stellen, gehen die Toten von Lübeck und das Schicksal der Überlebenden am Arsch vorbei. Grevesmühlen steht exemplarisch für den rassistischen Normalzustand in diesem Land."

Neben einem Redebeitrag zur früheren jüdischen Gemeinde in Grevesmühlen und ihrer Vernichtung durch die deutschen Nazis war auch einer vom Café Morgenland geplant. Mit ihrer radikalen Deutschland-Kritik wollen viele eher traditionelle Linke nichts zu tun haben, ebenso wie überhaupt mit antideutschen/antinationalen Politikansätzen. Aus Hamburg riefen nur fünf Gruppen mit auf: Hochschulantifa, Ratio-Rausch-Revolution, demontage, Antifa-Jugendfront, Lübeck-Gruppe vom antinationalen Büro.

Die knallharte Abgrenzung vom "antideutschen Sektierertum" um den 8. Mai 95 herum (PapiertigerInnen-Erklärung , in interim 319 usw.) wirkte unausgesprochen fort. Das ist umso bedauerlicher, weil diese Abgrenzung nicht mehr begründet oder zur Diskussion gestellt wird. Aus unserer nebenstehenden Kritik an der Berliner Demo-Vorbereitungsgruppe ("Grevesmühlen, Deutschland") wird deutlich, daß es unter Antideutschen auch Differenzen gibt. Wir haben Interesse an offenen Auseinandersetzungen um die Inhalte. Bei der Abgrenzung von der "antideutschen Strömung" wird die Botin für die Nachricht gescholten: Auch für uns ist es ein Dilemma, das linke (außerparlamentarische) Massenpolitik in der BRD nicht möglich ist. Uns liegt nichts daran, im eigenen Saft zu schmoren und Kleinst-Demos zu veranstalten. Nur: Unter welchen Verbiegungen und Anpassungen an rassistischen Chauvinismus wäre denn ein Massenprotest gegen den Schauprozeß gegen Safwan Eid möglich?

Überhaupt nicht hilfreich dafür ist der vom Lübecker Bündnisses gegen Rassismus erklärte Unvereinbarkeitsbeschluß, mit dem antideutsche Ansätze diffamiert und ausgegrenzt werden. So ließ sich der Sprecher dieses Bündnisses gegenüber der Springer-Zeitung "Lübecker Nachrichten" (13.8.96) im Vorfeld über die Demo aus: Diese sei

"unpolitisch und sektenhaft" und so weiter. In dem Artikel mit der Überschrift "Gewaltdemonstration geplant" wurden ansonsten die üblichen Springer-Register gegen Linke gezogen.

II. Demoablauf: Verboten und eingekesselt

Die Demo wurde wenige Tage vorher verboten. Die Parolen "Den TäterInnen auf die Pelle rücken" und "Bringen wir Ihnen unsere Wut und unseren Haß" seien ein Straftatbestand nach § 130 StGB: Damit wurde der Volksverhetzungsparagraph zum Schutz des angeblich bedrohten deutschen Volkes angewandt -- bisher galt er gegen Rechte und deren rassistische und antisemitische Ausfälle. Während das Verbot durch die Gerichtsinstanzen hindurch bestätigt wurde, rief die Vorbereitungsgruppe dazu auf, sich um 14.00 erstmal in Lübeck zu treffen.

Dort versammelten sich am 31.8. bis zu 250 Leute. Ein Bus aus Berlin wurde gefilzt und traf mit Verspätung ein. Die stundenlange Wartezeit in Lübeck wurde weder für eine Kundgebung, noch für eine Demo genutzt. Als einziges gab es gelegentliche Mega-Durchsagen und immerhin hochgehaltene Transparente. Alles war anscheinend darauf ausgerichtet, doch noch nach Grevesmühlen zu kommen. Dementsprechend war die einzige Aktion in Lübeck ein kurzer Marsch in den Bahnhof, um dort auf den nächsten Zug zu warten. Während per Mega dafür agitiert wurde, das man unbedingt in Grevesmühlen auftauchen müsse, berieten viele Gruppen, ob sie mitfahren würden. Ein Delegiertentreffen war aber weder vorgesehen noch fand es statt.

Auf dem Bahnhof Grevesmühlen wurden wir, sobald der Zug abgefahren war, von Einheiten mit runtergeklapptem Visier und gezücktem Knüppel eingekesselt. Durchs Mega wurde kurz durchgegeben, die geplante Spontankundgebung auf dem Bahnhof könne nicht angemeldet werden, die Einsatzleitung hätte geantwortet: "Verpißt Euch" und "Wir machen jetzt unsere Arbeit, es gibt nichts zu reden". Innerhalb von Minuten wurden wir einzeln aus den Ketten gerissen, einige durch Knüppelschläge verletzt. Zum Bahnhofsvorplatz abgeführt, verschnürten sie uns auf dem Boden liegend mit Plastikfesseln. In Gefangenentransportern ging's dann zur Sammelstelle, eine kleine Schulturnhalle.

Sie filzten alle nacheinander, fotografierten, nahmen uns die Sachen ab, bis hin zu Zeitungen. Die PolizistInnen gingen hierbei unterschiedlich vor, nicht alle benahmen sich wie die älteren Einpeitscher. In der Turnhalle waren schon vorher etwa 50 wegen der Demo Verhaftete aus dem Landkreis und Wismar, die zum Teil seit 11 Uhr morgens bereits dort eingesperrt waren. Die ganze Zeit mit Plastikfesseln, ohne Trinken oder Essen. Die 9 Jungnazis, die alibihalber auch festgenommen worden waren für die Medien, saßen in derselben Halle, wurden aber viel früher entlassen (ca. 20 Uhr). Während sich die Halle ab 18 Uhr langsam mit der Demo füllte, fingen die ersten an, sich von den Plastikfesseln zu befreien. Um 23 Uhr gab es Wasser und etwas Toastbrot, um daß sich gerangelt wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren einige bereits 12 Stunden eingesperrt. Ab etwa 24 Uhr waren fast alle abgefertigt, Verhandlungen um die Freilassung begannen. Die Einsatzleitung wollte uns los werden, ließ es aber nicht zu, daß der Bus aus Berlin im Pendelverkehr nach Lübeck fuhr: Er durfte nur einmal wegfahren. Um seine mögliche Rückkehr zu verhindern, wurde er Richtung Berlin von mehreren Polizei-Wannen eskortiert. Die Rückfahrt der übrigen wurde durch herbeitelefonierte PKW von GenossInnen aus Lübeck und Hamburg organisiert. Gegen 4 Uhr morgens, kurz vor der Entlassung der letzten, kam es -leider nicht zum ersten Mal - zu sexistischen Sprüchen von Seiten der Festgenommenen. Eine Polizistin wurde als "Votze" beschimpft, die "man sich noch mal vorknöpfen" würde. Nicht nur dieser Vorfall zeigte, daß für linke Aktionen derzeit ein organisierter Unterbau fehlt und sich die Analyse einiger Teilnehmer auf ein "gegen Nazis" beschränkt. Die Demo, die richtigerweise überhaupt stattfand, kam auf einer sehr schmalen organisatorischen Basis zustande.

Der antinationale Ansatz der Demo ist vor Ort bestätigt worden: Um den Bahnhof ringsherum standen Schaulustige aus der Umgebung, zusammen mit einem Haufen von über 50 Nazis. Diese empfingen zuvor den einfahrenden Zug mit den DemonstrantInnen durch Sieg Heil und Hitlergruß. Den abfahrenden Gefangenentransportern wurde wieder Sieg Heil hinterhergegrölt und Zeichen zum Halsabschneiden gemacht. In der ansonsten demagogisch gegen die Demo kommentierenden Spiegel-TV-Sendung vom 1.9. ("Die Freiheit der gar nichts Denkenden"; "selbsternannte Antirassisten") wurden Anwohner hinter ihren Gartenzäunen interviewt. Ein Siebzigjähriger zeigte, daß er seit der Hitlerjugend nichts verlernt hat: "Alle verprügeln und nach Hause jagen" und ein etwas jüngerer: "Viel zu human hier, die Polizei sollte mal richtig...". Ein Jugendlicher widersprach ihm, daß Plastikfesseln doch wohl nicht human seien. Die auch interviewten Naziskins fühlten sich dagegen voll bestätigt: "Alle ab ins Arbeitslager...Scheiß Ausländer".

Grevesmühlen ist eine normale deutsche Kleinstadt, sagte der Bürgermeister Anfang 96 mit der Absicht, die nazistischen Umtriebe zu verharmlosen. Das "Normale" an Grevesmühlen ist, daß eine örtliche Naziszene zur "Normalität" gehört und von einem überwiegend rassistischen Umfeld geduldet oder unterstützt wird.

In der PDS Mecklenburg-Vorpommern fand auf dem Landesparteitag am 7./8. September auf Initiative der Abgeordneten Sabine Jünger eine Debatte um Grevesmühlen statt. Ob der Aufforderung, in den Kommunen stärker antifaschistisch gegen die örtlichen Nazi-Szenen anzugehen, auch Taten folgen, wird sich zeigen. Bei dem Demonstrationsversuch vom 31.8. glänzte die PDS noch durch Nichtverhalten, die PDS-Kreisvorsitzende von Grevesmühlen bestritt am 28.8. in einem Interview in der 'jungen Welt', daß es in ihrem Ort eine Naziszene gäbe.

Gaston Kirsche (gruppe demontage)



Wer gerne den Demoaufruf, die in unserer Kritik zitierten Texte aus der jungen Welt und einen Pressespiegel zur Demo nachlesen möchte: 5 DM in Briefmarken an gruppe demontage, c/o piranha, Postfach 306 237 in 20328 Hamburg. Oder in den Zeck-Ordner schauen, dort gibt es eine Kopiervorlage.

Um sich in das Thema einzulesen, eignen sich bestens die "Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck". Diese Dokumentation im Umfang eines Telefonbuches enthält sehr viele Flugblätter, Redebeiträge aller möglichen Organisationen des antirassistischen Spektrums, die publizistischen Reaktionen der Nazis sowie jede Menge Zeitungsartikel. Dabei kommt als einzige Tageszeitung die "junge Welt" gut weg, die durchgehend die rassistischen Ermittlungen der Lübecker Staatsanwaltschaft auseinandergenommen und die antirassistischen Proteste berücksichtigt hat. Die "Materialien..." sind von der gewerkschaftlichen "Projektgruppe Antinazismus der IG Medien" herausgegeben. Für Initiativen und DGB-Mitglieder kostet sie nur 32.- DM, sonst 45.- DM. Erhältlich ist sie bei: IG Medien Rheinland Pfalz/Saar, Hafenstraße 33, 66111 Saarbrücken, Telefon 0681/4 42 42, Fax 0681/4 17 03 37.

Der Prozeß gegen Safwan Eid

Die ersten vier Prozeßtage

1. Prozeßtag

Am Montag, dem 16. September begann vor der Jugendkammer des Lübecker Landgerichts der Prozeß gegen Safwan Eid wegen »schwerer Brandstiftung« und »fahrlässiger Körperverletzung«. Der von der Polizei hermetisch abgeriegelte, lediglich für 90 BesucherInnen ausgelegte Verhandlungssaal war an diesem Tag zum Großteil von der »kritischen Öffentlichkeit«, PressevertreterInnen, belegt, welche bevorzugt eingelassen wurden.

Der Prozeß begann mit der Entlassung des bisherigen Pflichtverteidigers Hans-Jürgen Wolter aus Lübeck. Diesem hatte Safwan bereits vor Monaten das Mandat entzogen, da das Vertrauensverhältnis aufgrund Wolters Umgang mit dem Verfahren nachhaltig gestört war. Dennoch hatte Wolter sich bislang geweigert, das Verfahren abzugeben, da er »sich dem Gericht verpflichtet fühle«. Als zweite Verteidigerin wurde kurzfristig Barbara Klawitter aus Hannover benannt. Safwan machte an diesem Tag lediglich Angaben zur Person und verzichtete darauf, zur Sache auszusagen.

Als erster Zeuge wurde Marwan Eid, Safwans Vater, befragt. Bei dessen Vernehmung führten Probleme mit der Übersetzung durch den gerichtlich bestellten Dolmetscher mehrmals zu einiger Verwirrung. (Der Dolmetscher gab zum Beispiel das Alter von Marwan Eid mit 51 an, während dieser jedoch sagte, er sei 1951 geboren.) Mehrfach verweigerte Marwan Eid die Aussagen, als die Staatsanwaltschaft versuchte Stimmung zu machen, z. B. durch die Frage, ob Eids »mit Hilfe einer Schleuserbande oder normal« in die BRD eingereist waren. Im weiteren Verlauf schilderte Marwan Eid dann den Verlauf der Brandnacht: Er hatte nur einen leichten Schlaf und wurde durch das Quietschen der Gartentür geweckt. Danach hörte er einen lauten Knall. Als er darauf hin aus dem Fenster blickte, sah er Feuer im hölzernen Vorbau des Hauses. Als er später Safwan vor dem Haus traf, teilte er diesem seine Beobachtung mit. »Sie waren das, sie haben uns mit einer Bombe geschlagen, sie haben uns gebrannt«, übersetzte der Dolmetscher Marwan Eids Aussage. Dies deckt sich nahezu mit dem, was Safwan, polizeilichen Vernehmungen zufolge, auch einem vor Ort anwesenden Kripobeamten und einem Busfahrer der Stadtwerke erzählt hatte. Ein Versuch, durch Verständigungsschwierigkeiten und eine schlechte Diaprojektion Widersprüche in die Aussage Marwan Eids hinsichtlich seiner Beobachtungen zu konstruieren scheiterte.

2. Prozeßtag

Zu Beginn des zweiten Prozeßtags ergriff Safwan das Wort und schilderte detailliert seine Erlebnisse am 18. Januar. Er erwachte durch Hilferufe und das Piepsen den Feuermelders. Zunächst versuchte er, seine Brüder, mit denen er ein Zimmer teilt, zu beruhigen. Wie schon bei den vorherigen Fehlalarmen sei es sicher nichts Gefährliches. Als er jedoch die Zimmertür kurz öffnete, war bereits alles voller Rauch, so daß alle zum Fenster liefen, um dort nach Luft zu schnappen. Als letzter verließ er über eine Leiter das brennende Haus. Um zuerst seinen Brüdern die Rettung zu ermöglichen, aber auch aus Angst vor der Höhe. Kurze Zeit später traf er dann seinen Vater, der ihm berichtete, was er gehört und gesehen hätte. Diese Wahrnehmung, so schildert Safwan, gab er dann im Folgenden sowohl dem Busfahrer, dem Kripobeamten und schließlich dem Sanitäter Jens Leonhardt weiter. Dieser behandelte einige Minuten Safwans verbrannte Ohren in einem Großraumbus auf dem Weg zum Priwall-Krankenhaus. »Die waren das, die haben das gemacht, die haben uns mit einer Bombe geschlagen«, teilte er auch dem Sanitäter mit. Leonhardt entgegnete darauf, daß es sich wohl um ein Molotowcocktail gehandelt habe. Da Safwan diesen Ausdruck nicht kannte, erklärte der Sanitäter kurz, daß es sich dabei um eine Flache mit Benzin handle. Als die Staatsanwaltschaft versuchte, Safwan durch Vorhalte aus den polizeilichen Vernehmungen zu verwirren und unglaubwürdig zu machen, wies die Verteidigung darauf hin, daß diese stets ohne Dolmetscher gemacht worden und damit sowieso unbrauchbar sind. Safwan verstand z.B. den Begriff »Sanitäter« lange Zeit als »seine Täter«.

Wen sein Vater wohl mit »die waren es« gemeint habe, wollte Staatsanwalt Bieler dann noch wissen. Wir wissen, wer sie sind, die Nazis, gab Safwan kurz zurück. Schließlich hatte es bereits schon einen Anschlag auf das Haus gegeben.

Auf Nachfrage der Verteidigerin führte Safwan noch aus, daß die Haustür nachts selten verschlossen war und höchstwahrscheinlich auch am Abend des 18. Januar nicht verschlossen war.

Als er während eines Verhörs erfuhr, daß er nicht als Zeuge sondern als Verdächtiger verhört wurde, dachte er, er werde verrückt und fühle sich unter Druck. »Ich hatte das Gefühl, die Polizei will mir ihre Sache aufdrücken.«

Im weiteren Verlauf des Tages sagten noch die Mutter und die Geschwister von Safwan aus. Sie beschränkten sich jedoch auf Angaben zur Person sowie zu ihren erlittenen Verletzungen. Lediglich Safwans Schwester gab noch zu Protokoll, daß sie durch das Geräusch splitternden Glases aufgewacht sei und kurz danach einen Knall hörte. Als sie zum Fenster ging, sag sie, ebenso wie ihr Vater, Feuer im Vorraum.

3. Prozeßtag

Am Montag, den 23. September wollte der Rettungssanitäter Jens Leonhardt Safwan noch einmal belasten. Im Rahmen seiner Vernehmung als Zeuge der Staatsanwaltschaft gab er das angebliche Geständnis Safwans vor Gericht wider: »Es gab Streit mit einem Hausbewohner oder Familienvater, man wollte sich rächen oder Rache. Man habe Benzin oder eine andere brennbare Flüssigkeit aus einem Gefäß, einer Flasche oder einem Becher ...« »Oder einem Eimer!?« - unterbricht der Vorsitzende Richter den einzigen Belastungszeugen, durch eine ironisch/sarkastische Anmerkung. Die Verteidigung bezeichnet die Aussage des Leonhardt als »Potpourri von Möglichkeiten«, die der Zeuge anbietet. Dabei handelt es sich um eine Mixtur sämtlicher bisher jeweils widersprüchlicher Aussagen, die Leonhardt in den polizeilichen Vernehmungen über das Vermeintliche Geständnis gemacht hat. Neu an dieser Version ist der Ort des »Geständnisses«. Leonhardt will dieses nun erst auf der Fahrt ins Krankenhaus und nicht bereits am Brandort gehört haben, entgegen seinen bisherigen Beteuerungen. Hierauf wird später noch einzugehen sein.

Auf Nachfragen der Verteidigung, wieso Leonhardt bei seinen polizeilichen Vernehmungen stets andere Angaben gemacht hat, die zufälligerweise die gerade aktuelle Version der Staatsanwaltschaft stützten, zieht sich der Sanitäter immer wieder auf Erinnerungslücken zurück. »Ich kann mich nicht erinnern« wird zur meistgebrauchten Phrase dieses Tages. Dabei kann er sich an zahlreiche Kleinigkeiten, die ihm seinerzeit in den Verhören nicht in den Kopf kamen, wunderbar erinnern.

Befragt nach seinem Faible für Gotcha/Paintball-Spiele, die er u.a. mit seinem Freund Matthias Hamann betreibt, wird er dann doch unsicherer. 3 bis 4 Mal hätte er an derartigen Geländespielen teilgenommen, bei denen er mit seinen Freunden maskiert und getarnt durch den Wald zogen und sich gegenseitig mit Farbmunition beschossen. Befragt nach seinem Verhältnis zu Hamann gibt er an »Wir sind ein gutes Team«. Nach mehrfachen Vorhalten muß er zugeben ihn nicht erst einige Monate, sondern bereits seit 1990/1991 zu kennen. Bei Hamann wur-

Zur Nebenklage im Verfahren gegen Safwan

Mit einer gemeinsamen politischen Erklärung haben die Überlebenden des Brandanschlags vom 18. Januar die Zulassung ihrer Nebenklage verlangt. In ihr heißt es:

»Wir wissen, daß Safwan E. nicht der Täter war. Er hatte keinen Grund und er hätte so etwas nie tun können. Wir wissen auch, daß alle Beweise gegen ihn zusammengebrochen sind. Wir wissen, daß das Feuer nicht im I. OG. ausgebrochen ist, sonst wären Marie A. und ihre Kinder, Kate D. und ihre Kinder, Gustave S. und wir anderen, die dort gelebt haben, in den Flammen umgekommen. Silvio flüchtete ins Erdgeschoß und ist dort verbrannt. Alle erfundenen Motive haben wir widerlegt. Der Sanitäter, der Safwan E. belasten will, hat sich mehrfach widersprochen.

Safwan ist nicht der Täter. Wir verlangen die konsequente Verfolgung und Ermittlung der wirklichen Täter und Verantwortlichen. Wir bitten mit dieser gemeinsamen Erklärung Anwälte und Anwältinnen, die uns helfen wollen, uns als Nebenkläger und Nebenklägerinnen im Verfahren gegen Safwan E. zu vertreten, um unsere Interessen zu verfolgen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen:«

Mit dieser Begründung sind die Überlebenden des Brandanschlages zur Nebenklage nicht zugelassen worden. Die Ablehnung des Gerichts von Mitte September ist eine politische Entscheidung: eine gemeinsame politische Erklärung zur Begründung des Antrags sei unzulässig; und die Schuld des Beschuldigten des Verfahrens, dem beigetreten werden soll, darf nicht ausgeschlossen werden. Beide Begründungen sind juristisch Unsinn und mit der Beschwerde angreifbar. Das Gericht will die Überlebenden des Brandanschlags nur als Prozeßgegner von Safwan E. im Verfahren aufnehmen und ihnen damit eine Schuldvermutung gegen Safwan E. unterstellen. Es ist dem Gericht so wenig gelungen, die Flüchtlinge zu spalten und aus einem Beitritt zur Nebenklage eine Differenz oder gar einen Motivhintergrund für die Tat unter den Opfern des Brandanschlags zu finden.

Auch den Versicherungen war es nicht gelungen, die Überlebenden gegeneinander zu treiben: die Versicherungsleistung (z.B. für die Toten des Brandanschlags) sollte abhängig gemacht werden von der Nebenklage gegen den Beschuldigten, einen Überlebenden.

Seit Bevollmächtigung zur Vertretung der Nebenklage haben sich die Rechtsanwälte Dr Wolfgang Clausen aus Kiel und Ulrich Haage aus Lübeck nicht mehr mit ihren Mandanten beraten. Sie haben ihren Mandanten weder den Prozeßverlauf erklärt, noch ihre Intervention in das Verfahren mit ihnen abgesprochen. Auch sie haben Konflikte unter den Überlebenden geschürt, die einen Motivhintergrund für die behauptete Tat Safwans liefern sollen. Auch der Antrag, den Brandsachverständigen Prof. Ernst Achilles wegen der Besorgnis der Befangenheit abzulehnen, da er zuvor im Auftrag der Verteidigung tätig war, war nicht mit Joao Bunga abgesprochen und nicht in seinem Interesse.

de Ende der 80er ein Protokoll zum Aufbau einer Wehrsportgruppe sowie zahlreiches faschistisches Propagandamaterial gefunden. Schließlich gerieten an diesem Verhandlungstag auch die Methoden der Staatsanwaltschaft wieder in den Blickpunkt, so wurde bekannt, daß am 8. Juli ein Treffen zwischen dem Hauptbelastungszeugen Leonhardt, dessen Freund Hamann sowie dessen ebenfalls als Zeugin vorgeladenen Freundin J. Vogt einerseits, sowie Staatsanwaltschaft und Mordkomission andererseits stattfand. so ungewöhnlich solche Treffen im Vorfeld von Strafprozessen sind, so ungewöhnlich war auch der Ort: Räume der Wasserschutzpolizei Lübeck. Hier wurden wohl versucht, die Aussagen zu besprechen und diese abzugleichen. Durchhalteparolen und »Du schaffst das schon!«, so Leonhardt, haben ihm die anwesenden Personen wiederholt gesagt. Daß Leonhardt vor Gericht zugeben mußte, seit geraumer Zeit zahlreiche Kripobeamte zu duzen verwunderte dann niemanden mehr. Schließlich wurde noch bekannt, daß Hamann der Staatsanwaltschaft auf diesem Treffen unter anderem eine Satzung des Gotcha-Vereins »Lübeck Leathernecks« übergeben hat. Laut dieser ist Hamann »Vorsitzender auf Lebenszeit«, da »die Clubideologie auf seinem Gedankengut« beruhe.

Im Anschluß an Leonhardt wurde noch die mit ihm befreundete Sanitäterin N. Meier verhört. Diese bestätigte, daß Leonhardt ihr im Bus von dem »Geständnis« erzählt habe. Sie ist sich sicher, daß das Wort »Flasche« gefallen sei. Leonhardt hatte bis zu einer heutigen Aussage stets abgestritten, jemals etwas von einer Flasche gesagt zu haben.

Als letzter für diesen Verhandlungstag wurde noch der Busfahrer vernommen. Er gab an, daß Safwan ihm kurz vor dem Abtransport zum Priwall-Krankenhaus von einem Knapp erzählt habe und daß zwei Leute weggerannt seien. Das wiederum stimmt mit Safwans Aussage vom 16.9. weitgehend überein.

4. Prozeßtag

Der vierte Verhandlungstag begann folgerichtig mit dem Antrag der Verteidigung, die Beweisaufnahme zu schließen und Safwan Eid freizusprechen. »Bereits nach der Vernehmung des einzigen Belastungszeugen ist offenkundig, daß die Staatsanwaltschaft den gegen Safwan Eid erhobenen Vorwurf nicht beweisen kann«, so die Verteidigung. Vielmehr ist die Aufklärung des Brandes in einem Verfahren gegen die Grevesmühlener zu leisten, mit Safwan Eid als Nebenkläger. Dieser Antrag, dessen Ablehnung neben der Staatsanwaltschaft auch die Nebenklagevertreter Haage und Clausen, ohne vorherige Rücksprache mit ihren Mandanten forderten, wurde vom Gericht unter Hinweis auf formale bzw. prozessuale Gründe abgelehnt. Als nächstes beantragte die Verteidigung einen Aktenvermerk über das dubiose Treffen vom 8. Juli zu Protokoll zu nehmen und Staatsanwalt Böckenhauer als Zeuge zu laden. Sie benannte 13 Fragen, welche den offenkundig lückenhaften Vermerk ergänzen und Aufklärung über Art, Länge, Zusammensetzung und Inhalt des Treffens bringen sollen. Die Entscheidung über den Antrag wurde vom Gericht auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Danach wurde Matthias Hamann als Zeuge zur Brandnacht vernommen. Er ist sich sicher, bereits am Brandort von Leonhardt das »Geständnis« gehört zu haben. Diese Äußerung steht in eindeutigem Widerspruch zur Aussage Leonhardts vom Montag, der erst auf der Busfahrt das »Geständnis« gehört haben will. Zwar gab Hamann noch an, zu diesem Punkt später noch genauere Ausführungen machen zu wollen. Das ist auch logisch, schließlich wird Hamann nach all der Vorbereitung durch die Staatsanwaltschaft seinen Freund nicht derart bloßstellen. An der grundsätzlichen Unvereinbarkeit dieser zwei Versionen kommt er jedoch nicht vorbei.

Während der Beschreibung der Situation am Brandhaus brach Jean-Daniel Makudila, dessen Frau und fünf Kinder bei dem Brand gestorben sind, aufgrund eines Kreislaufkollapses zusammen. Im darauf folgenden Tumult kam es zum Streit zwischen der Familie El Omari (als ehemalige BewohnerInnen der Hafenstraße ebenfalls NebenklägerInnen im Prozeß) und den Eids. Ein Sohn der Familie El Omari machte in Richtung von Safwan Eids Vater eine Geste, als würde er ihn anspucken und verwünschte ihn, sollte Safwan der Täter sein. Marwan Eid wies ihn daraufhin zurecht. Presse und Staatsanwaltschaft rieben sich die Hände, witterten sie doch nun wieder die Möglichkeit, ein Tatmotiv konstruieren zu können. Inzwischen hat sich der Sohn El Omaris bei Marwan Eid für sein Verhalten entschuldigt.

Nach all diesen Vorkommnissen entschlossen sich alle Verfahrensbeteiligten den Prozeßtag zu beenden, auch um Jean-Daniel Makudila wieder eine Teilnahme zu ermöglichen. Doch zuvor kommt es zu einer erneuten Schützenhilfe der Nebenklageanwälte für die Staatsanwaltschaft. Zunächst beantragt Anwalt Wolfgang Clausen absurderweise Polizeischutz für die von ihm vertretene Familie El Omari vor den Eids. Danach beantragt sein Kollege Ulrich Haage, den vom Gericht bestellten Brandgutachter, Prof. Achilles, der der Version der Staatsanwaltschaft widerspricht und von einem Brandausbruch im hölzernen Vorbau des Hauses ausgeht, wegen Befangenheit abzulehnen. Der Gutachter sei voreingenommen und nicht neutral, so die, in anderen Verfahren meist von der Staatsanwaltschaft zur Ablehnung mißliebiger Gutachter, verwendete Argumentation.

Die Entscheidung über den Antrag wurde vertagt.

Karlson

Goldhagen: Richtige These, schlechte Argumente

Goldhagens Buch erteilt den gern gepflegten Legenden von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und den Verbrechen Hitlers eine eindeutige Absage. Es sind die Verbrechen der Deutschen gewesen, die Millionen von Menschen in Europa den Tod brachten, die Vernichtung des europäischen Judentums ist ein deutsches Projekt gewesen und in Deutschland ist die Herrschaft der Nationalsozialisten mit zunehmender Dauer von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen worden und in wesentlichen Fragen wenn nicht aktiv unterstützt, so doch ausdrücklich gebilligt worden. Diese Tatsachen sind durch Goldhagen zweifelsfrei nochmals bestätigt worden. Nochmals? Goldhagen hat dafür gesorgt, daß über die Fachdiskussionen gelehrter HistorikerInnen - begleitet von öffentlichen Verdrängungsbemühungen in Politik und Gesellschaft - eine Wahrheit nicht vergessen wird: die Vernichtung des europäischen Judentums kam aus der Mitte der deutschen Gesellschaft, sie ist in ihrem Ausmaß keine voraussetzungslose Verirrung der Jahre 1933 bis 1945 gewesen und schon gar nicht das Werk einiger weniger fanatischer Nazis. Nun ist es aber keineswegs so, daß diese Einschätzung völlig neu in der Auseinandersetzung um die Ursachen der Verfolgung und Vernichtung des Judentums in Europa ist. Sie sind bis jetzt nur erfolgreich aus der Diskussion ausgegrenzt worden, bzw. als Spezialuntersuchungen vernachlässigt worden.

Bereits 1988 schrieb Werner Jochmann in seinem von Goldhagen nicht ohne Grund vielfach zitierten Band "Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland": "Was die Mehrheit des deutschen Volkes auch immer an eigenen Wünschen in den Nationalsozialismus hineininterpretiert hatte, daß die Rassenlehre im Zentrum dieser Weltanschauung stand, konnte niemand übersehen. Wenn Hitler mit der von ihm geprägten und konsequent vertretenen Weltanschauung eine Massenbasis gewinnen konnte, dann bedeutete das, daß alle, die ihm folgten, eben diese rassepolitische Programmatik bejahten oder tolerierten. Es gab einen Grundkonsens zwischen Bevölkerung und Führung. Nur so konnte Hitler sofort, als er seine Herrschaft etabliert hatte, mit der Ausschaltung und Verfolgung der Juden beginnen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Die Konsequenz, mit der er dabei vorging, wird durch situationsbedingte Zugeständnisse an alte Machteliten und außenpolitische Rücksichten sogar noch eindrucksvoll bestätigt." Jochmann läßt auf über 400 Seiten überhaupt keinen Zweifel daran aufkommen, daß der Antisemitismus in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert eine gesellschaftliche Konstante war. In verschiedenen Studien über den gesellschaftlichen Antisemitismus des Kaiserreichs über den der Weimarer Republik bis hin zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 weist Jochmann nach, welche Dynamik der Antisemitismus in Deutschland entfaltete. So erklärt Jochmann: "Selbst die Teile des Volkes, die Hitler nicht unterstützten, ihn sogar entschlossen bekämpften, setzten sich nicht mehr für die Rechte einer Minderheit (gemeint sind die Juden) ein, weil sie Rückhalt zu verlieren fürchteten, wenn sie sich für eine Gruppe einsetzten, die nicht mehr zu ihnen gehörte und von der Mehrheit für alle Übel der Zeit verantwortlich gemacht wurde." Wenn Goldhagen behauptet, sein Ansatz "...führt zu einer neuen Sichtweise des Antisemitismus, einer Sichtweise, die ihm eine größere Kontinuität und Verbreitung in der modernen deutschen Gesellschaft zuschreibt, als das bislang üblich war" mag das für den Bewußtseinszustand der Gesellschaft in der BRD zutreffen, den Stand der kritischen Forschungsansätze trifft diese Einschätzung nicht. Interessant ist Goldhagens Antisemitismuserklärung nur dort, wo er die Dynamik und Kontinuität des gesellschaftlich und kulturell in "Deutschland" verankerten Antisemitismus herausstellt. Ansonsten fällt auf, daß Goldhagens Antisemitismusbegriff von etwas dürftiger Einfachheit ist. Goldhagen beschreibt Antisemitismus als ein über die Generationen nachweisbares Phänomen im modernen Deutschland. Über die Ursachen dieses Phänomens erfährt man bei Goldhagen wenig. Zwar bringt er den Antisemitismus in einem Zusammenhang mit der sich in Deutschland herausbildenden "völkisch-nationalen Ideologie" und der sich etablierenden Rassenideologie eines Houston Chamberlains, aber besonders vertrauenerweckend ist Goldhagens analytischer Blick auf die Dinge nicht. Goldhagen schreibt: "So wird zum Beispiel oft behauptet, der Antisemitismus gehe auf wirtschaftlichen Neid angesichts ökonomischer Erfolge von Juden zurück, statt zu erkennen, daß der Neid die Konsequenz einer bereits bestehenden Antipathie gegen Juden ist.". Goldhagen verkennt, daß der ökonomische Erklärungsansatz gerade die Antipathie in Form des christlichen Antijudaismus für den modernen Antisemitismus zur Voraussetzung hat. Er ignoriert damit einen zentralen Gedanken dieses Ansatzes, der in der Betonung der Wandlungsfähigkeit des Antisemitismus liegt und damit erklärlich machen kann, warum Antisemitismus unter bestimmten ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen immer wieder mobilisierbar ist. Statt dessen unterstellt Goldhagen pauschal, daß ökonomische Erklärungsansätze eine Verbindung zwischen dem tatsächlichen Handeln der Juden und der antisemitischen Stereotype herstellen würden. Dies ist in manchen Fällen tatsächlich zutreffend, taugt allerdings nicht als ein Argument, diesen Ansatz generell infrage zu stellen. Und so drängt sich der Verdacht auf, als wenn Goldhagen nicht viel mit linker kritischer Theorie zu tun haben möchte, was im übrigen auch seinen zweifelhaften Freibrief für die BRD seit 45 in Sachen Antisemitismus erklärlich machen würde.



Neben den inhaltlichen Mängeln zeichnet sich Goldhagens Argumentation über die Kontinuität eines "eliminatorischen Antisemitismus" auch durch methodische Schwächen aus. In der Rückschau ist der Blick auf die Geschichte des Antisemitismus in Deutschland gar nicht anders möglich als in dem Bewußtsein, daß er eine zentrale ideologische Grundlage der Ermordung des europäischen Judentums darstellte. Dies verleitet dazu, methodische Hilfsvorstellungen der Periodisierung und Phaseneinteilung in ein Schema einer zwangsläufigen Abfolge zu setzten, so daß Widersprüche oder Brüche in einem solchen Bild von der Geschichte nicht mehr auftauchen. Goldhagens Begriff des "eliminatorischen Antisemitismus" ist ein Produkt der Verwechslung eines methodischen Hilfsbegriffs mit dem tatsächlichen gesellschaftlichen Phänomen. Der Antisemitismus der Gründerzeit unterscheidet sich von dem der Weimarer Republik, wie sich der antisemitische evangelische Hofprediger Stöcker von Adolf Hitler

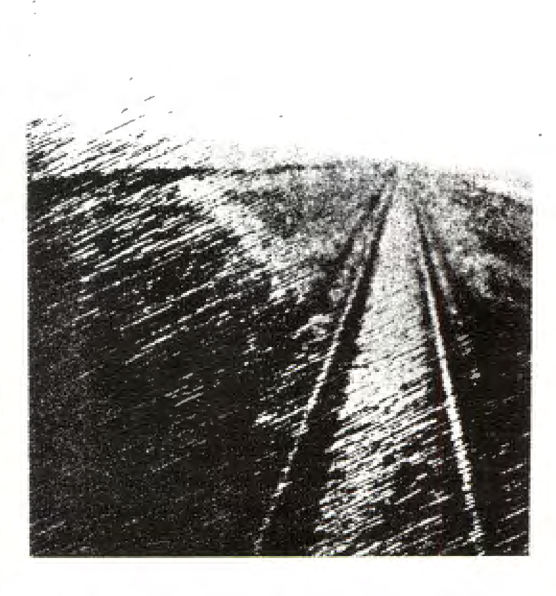
unterschied und der Antisemitismus in der Arbeiterbewegung von dem in der evangelischen Kirche. Vieles deutet darauf hin, daß neben den Antisemitismus als zentrale Legitimation weitere gesellschaftliche, soziale und ökonomische Faktoren treten mußten, um eine eliminatorische Ideologie entstehen zu lassen. Goldhagen hätte gut daran getan, sich auf einige bereits erschienene Untersuchung zu stützen, um die ideengeschichtliche Kontinuität eines antisemitischen Vernichtungsgedankens in Deutschland belegen zu können, ohne alles auf eine Kategorie zurecht zu stutzen. Doris Mendlewitsch hat diese methodischen Probleme in ihrem Buch "Volk und Heil. Vordenker des Nationalsozialismus im 19. Jahrhundert" bereits 1988 am Beispiel der völkischen Ideologie beschrieben: "Die Untersuchung der Denk- und Bewußtseinsstrukturen völkischer Ideologie ist somit nicht nur von historischem, sondern auch von aktuellem Interesse für die Politische Theorie. Die Gefährlichkeit dieses Denkens besteht eben darin, daß es weniger aus drastischen, leicht zu entlarvenden Parolen als aus einer komplizierten Verschränkung von Denkmethoden, Selbstverständnis und einer ganzheitlichen Interpretation von Wirklichkeit besteht. Es kommt zu einem schwer zu durchdringenden Beziehungsgefüge, welches dazu führt, daß die Menschen, wie Hannah Arendt sagt, "ihren eigenen Einfällen in die Falle gingen".". Dabei legt sie wert auf die Summe verschiedener Komponenten, die "kein geschlossenes theoretisches oder ideologisches System, sondern ein Konglomerat von Ideen und Spekulationen" seien, die sich erst in der Analyse zu einem klaren Bild zusammen setzten. Michael Leys Studie "Genozid und Heilserwartung. Zum nationalsozialistischen Mord am europäischen Judentum" untersucht ausführlich, inwieweit die nationalsozialistische Weltanschauung historisch mit Ideen des 19.Jahrhunderts verbunden ist, wobei er andere Schwerpunkte als Mendlewitsch beleuchtet.. Interessanterweise geht Ley wie Goldhagen davon aus - im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung bei den HistorikerInnen -, daß die Nationalsozialisten bereits schon vor 1933 davon überzeugt waren, daß die sog. "Judenfrage" letztlich nur gewaltsam gelöst werden könne. Zwar beschäftigt sich Ley überhaupt nicht mit den willigen Vollstreckern dieser Politik, doch seine stark religionssoziologisch orientierte Arbeit stellt eine gute Ergänzung zu Goldhagens Buch dar.
Eine weitere notwendige Ergänzung der These Goldhagens liefern Shulamit Volkovs "Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. Und 20. Jahrhundert" und Jacob Katz' "Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700 - 1933", die in ihren Studien thematisieren, was Goldhagen nahezu unbeachtet läßt: das Wechselspiel zwischen jüdischer Emanzipation und antisemitischer Reaktion. Goldhagen ist vorgeworfen worden, daß er gerade in seiner Untersuchung des eliminatorischen Antisemitismus in Deutschland nahezu kein Wort über die innerjüdisch Diskussion verliert. Insbesondere Volkov setzt sich mit dem Verhältnis von Antisemitismus und jüdisch-nationalen Denken in Deutschland auseinander : diese innerjüdische Diskussion stellt dabei nicht Ursache für den Antisemitismus dar, doch in der Widerspiegelung des deutschen Antisemitismus in dieser Diskussion wird das merkwürdige Nebeneinander von jüdischem Leben und militanter Ausgrenzung sichtbar und zeigt, wie brüchig die Basis des vermeintlichen Zusammenlebens zwischen deutschen Juden und ihrer Umwelt war.
Goldhagen will mit seiner Untersuchung die Täter in den Mittelpunkt stellen. Seine unbequemen Wahrheiten über die Taten der Deutschen liegen quer zum offiziellen Programm der Entsorgung der deutschen Vergangenheit. Und er erinnert auch die Linke in Deutschland daran, daß sie vor allem auch dies sind: die EnkelInnen der willigen Vollstrecker Hitlers, die sich in der Kontinuität einer linken Geschichte begreifen, die ihrerseits nicht gerade reich ist an Zeugnissen des entschiedenen Widerstands gegen die Vernichtung des europäischen Judentums.

monstrowski.

Ganz normale Deutsche und der Holocaust

Es begann mit einem Zeit-Artikel im April diesen Jahres: Seit nunmehr fünf Monaten nimmt das Buch "Hitlers willige Vollstrecker" von Daniel Jonah Goldhagen einen breiten Raum in der gesellschaftlichen Rede ein. Kurios daran war zunächst, daß der Autor sowie das Buch noch vor dem Erscheinen der deutschen Ausgabe massive Kritik, Anfeindungen, antisemitische Ausfälle aber auch vehementer Zuspruch auf sich zogen, von der "Zeit" gar ein neuer Historikerstreit in Aussicht gestellt wurde. Mittlerweile ist das Buch auf deutsch erschienen und die Goldhagen-Rezeption kulminierte anfang September in einigen, teilweise vom Fernsehen übertragenen Diskussionsrunden mit dem Autor, sowie Historikern verschiedenster Couleur.

Die Erkenntnis Goldhagens, daß ganz normale Deutsche für den Holocaust verantwortlich sind ist eigentlich banal, jedoch zeigen die Reaktionen auf sein Buch, daß es sich dabei hierzulande um eine schwer zu akzeptierende Tatsache handelt. Wird der NS thematisiert, ist die Rede von Verbrechen, die im Namen von Deutschen (aber anscheinend nicht von Deutschen!?) begangen wurden, von Nazis, oder am besten gleich von irgendwelchen Außerirdischen, mit denen man nichts zu tun hat(te), haben wollte und eigentlich sowieso dagegen war. Distanzierende Termini sind hier die Regel und auch die von den Tätern selbst ins Leben gerufene Kollektivschuldthese sind lediglich Werkzeuge eines Vermeidungsdiskurses. Um so mehr ist es Goldhagens Verdienst, den Fokus wieder darauf gerichtet zu haben, daß es ohne Deutsche und ihren spezifischen Antisemitismus keine Shoah gegeben hätte.
Sowohl die letztjährige Ausstellung zum Vernichtungskrieg der Wehrmacht, als auch Christopher R. Brownings Buch *Ganz normale Männer,* eine Studie über das Reserve-Polizeibatallion 101 (PB 101) und die "Endlösung" in Polen, lenkten die Aufmerksamkeit von den Strukturen und Institutionen des NS-Staates hin zu den Exekutoren des Massenmords an den europäischen Juden. Anhand des in Polen zwischen 1942-43 wütenden Hamburger Polizeibatallions wurde in Brownings Studie der Mythos zerstört, die Shoah sei allein eine Sache der SS-Einheiten, Sonderkommandos und Einsatzgruppen gewesen und spielte sich Abseits und im Geheimen ab. Im Gegenteil: Ganz normale Männer aus der Mitte der Gesellschaft, die in Polizeieinheiten und Wehrmacht dienten, fungierten als Agenten der Vernichtung. Sie ermordeten im Osten brutal zigtausende von Juden durch Massenerschießungen, organisierten Deportationen in die "Arbeits"-, bzw. Vernichtungslager von Treblinka, Sobibor, Belzec, Chelmno und Auschwitz.



Über eine Million Juden wurden allein durch Massenerschießungen getötet, was die Bedeutung neben der industriellen Massenvernichtung ala Auschwitz herausstreicht.
Browning versuchte die Bereitschaft der Polizeieinheiten, die "Endlösung" zu exeku-

tieren, mittels Psychologisierungen zu erklären. Danach bewog vor allem ein Gruppendruck, neben anderen Faktoren wie z.B. Gewöhnung und Autoritätshörigkeit, die Männer zur Beteiligung am Morden. Aufgrund einer günstigen Quellenlage (Vernehmungsprotokolle der Staatsanwaltschaft Hamburg aus den 60er und 70er Jahren) ließ sich eine dezidierte Studie über die Taten, Motivationen und Mentalitäten der Massenmörder unternehmen.
Nur wenige Angehörige verweigerten sich den Erschießungen, obwohl ihnen eine Beteiligung freigestellt war. Die überwiegende Zahl mordete eifrig und ohne Skrupel, noch dazu mit extremer Grausamkeit. Dabei gaben die Polizeibatallione, von denen es im okkupierten Polen allein 20 gab, einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab, können somit als Spiegel der normalen Gesellschaft im NS angesehen werden. Ohne vorherige Schulung oder Auswahl wurden sie mit der "Endlösung" beauftragt. Laut Browning geben die Quellen über das PB 101 jedoch keine Aussage über den Antisemitismus her. Lediglich die Transformation von normalen Männern zu gutgelaunten Mördern sei ablesbar. Getreu Brownings Ansatz schließt sein Buch dann auch mit der Frage, ob nicht jeder von uns unter entsprechenden Umständen zum Massenmörder hätte werden können.



»Vielleicht ist es deutsche Grundnatur«: Deutsche Fußballfans während des Länderspiels Polen - BRD, Zabrze, 4.9.96

Ganz normale Deutsche in Zabrze 1996.

Gegen den im wesentlichen sozialpsychologisch geprägten Erklärungversuch von Browning, sowie andere, multikausale Erklärungsansätze, akzentuiert Goldhagen einen speziellen, deutschen eleminatorischen Antisemitismus als zentrales und hinreichendes Motiv der Täter.
Treibende Kraft hinter dem Holocaust ist für ihn der Antisemitismus der Deutschen, dessen Wurzeln im europäischen Christentum liegen und dessen spezifische eliminatorische Ausprägung (also auf Ausgrenzung, Ausschaltung und letztlich Beseitigung abzielend) in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert nachweisbar sei. Der christlich-religiöse Kern verschmolz mit einer rassistischen Komponente zu einem modernen Antisemitismus. Es bedurfte allein des Machtantritts eines Regimes, das willens war, das Projekt der Judenvernichtung anzuzetteln, um das latente Ressentiment gegen Juden in reale Vernichtung zu verwandeln. Somit war das Bündnis zwischen Mob und Elite, zusammen mit einer militärischen Stärke des Regimes die Vorraussetzung für die Shoah.
Goldhagen blickt bei seiner Untersuchung des Polizeibatallions 101, der "Arbeits"lager und der Todesmärsche auf die Täter und nicht auf die Institutionen, versucht ihre Motivation zu erklären, ihre bereitwillige Teilnahme am Vernichtungsprogramm. Die Bereitwilligkeit zur Teinahme an den Erschießungen in den Polizeibatallionen, der irrationale Umgang mit der Arbeitskraft der Juden in den "Arbeits"lagern, in denen Bestrafung und Vernichtung Vorrang vor wirtschaftlicher Ausbeutung hatten, sowie die sinnlosen Todesmärsche gegen Ende des Krieges lassen nur das Motiv Antisemitismus zu. Dabei sind die untersuchten Tätergruppen durchaus als repräsentativ für die NS-Gesellschaft anzusehen. Anhand des Materials wird der Mythos, daß die Täter vor allem SS-Leute waren, widerlegt, sowie das bekannte entschuldigende Argument, bei Verweigerung wären die Täter selbst bestraft worden, entkräftet. Die Zahl der Täter geht in die Hunderttausende und letztlich, so Goldhagen, war es nur Zufall, ob Deutsche bereitwillige Täter oder nur billigende Mitwisser waren, da es einen Konsens über die Legitimität der Judenvernichtung gab. Nicht anders ist das Schweigen aller gesellschaftlichen Kreise und der fehlende Widerstand gegen antijüdische Gesetze, Deportationen und die Massenvernichtung zu deuten, wohingegen es durchaus Widerspruch und Proteste gegen andere Maßnahmen, wie das Euthanasieprogramm oder Angriffe auf die Kirche gab.

Goldhagens Reduktionismus auf den Antisemitismus ist dabei durchaus als problematisch anzusehen, denn der Holocaust war kein Pogrom und auch kein Massaker, sondern ein systematisches Vernichtungsprogramm, das in Auschwitz kulminierte. Viele Faktoren, wie Befehlsgehorsam, Karrierismus, Gruppendruck, der Vernichtungskrieg im Osten als Rahmen, Gewöhnung an Massenmord, Arbeitsteilung und kulmulative Radikalisierung spielten eine Rolle, als Unterfütterung diente der Antisemitismus. Goldhagens Verdienst ist es den Fokus auf eben diesen zu richten und auf die Verantwortung und Teilnahme der ganz normalen Deutschen, ohne die die Monstrosität der Tat nicht erreichbar gewesen wäre. Ein Manko des Buches ist, daß der besondere deutsche Antisemitismus nicht vergleichend mit dem in anderen Ländern untersucht wird, da dies Verfahren die Thesen Goldhagens durchaus untermauern würde. Denn die Erkenntnisse über die Verstrickung von Letten, Litauern und Ukrainern in den Holocaust, die durch das Verhalten von Dänen, aber auch Italienern, kontrastiert werden, werfen Fragen nach den Spezifika antisemitischer Vorstellungen auf. Einen logischen Bruch erfahren die Aussagen Goldhagens auch, wenn er den Deutschen nach 1945 erstklassige Noten in Reeducation und Demokratisierung ausstellt. Das Verschwinden des Antisemitismus wird von ihm konstatiert, wo er vorher von Latenzperioden spricht. Nicht zuletzt die jüngst wieder zunehmenden antisemitischen Delikte strafen dem Lügen. Am 4. September, dem ersten Tag von Goldhagens Diskussionsreise, kultivierten deutsche Hooligans wie zur Widerlegung seiner Seligsprechung ihren Antisemitismus im Stadion von Zabrze.
Leider muß man sich mitunter durch das Buch quälen, da es nicht frei ist von Widerholungen und der regelmäßigen Wiederkehr von Schlagworten ist, die man sich hätte sparen können. Gerade die Abhandlungen über das Polizeibatallion 101, die "Arbeits"lager und die Todesmärsche aber beleuchten bisher relativ wenig beachtete und erforschte Aspekte des Holocaust.

Im Land der Täter, das mit den letztjährigen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der militärischen Niederlage des Dritten Reichs den Historisierungs- und Umdeutungsprozeß, dessen roter Faden von Bitburg über den Historikerstreit, der Umwidmung von KZ-Gedänkstätten bis zur Neuen Wache reicht, bereits abgeschlossen glaubte, stört dieses Buch den Übergang zur Tagesordnung. Seine vielleicht wichtigste Aufgabe.
m.

Literatur:

Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibatallion 101 und die Endlösung in Polen,* Rowohlt 1993.
Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust,* Siedler 1996.
Julius H. Schoeps (Hg.), *Ein Volk von Mördern?, Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust,* Campe 1996.

Anti-Atom-Herbstkonferenz

Vom 27. bis 29. September fand die diesjährige Herbstkonferenz der Anti-Atom-Initiativen in Hamburg statt. Die Schwerpunkte sind:
- wirtschaftliche Verflechtung der Atomenergie
- Kampf gegen Castor heißt Kampf gegen die herrschende Ordnung.
Daneben gibt es AGs zu weiteren Themen und den üblichen und wichtigen Kontakt und Austausch zu Initiativen aus anderen Orten.
Der folgende Text soll die Position umreißen, mit der das Anti-Atom-Büro Hamburg an die Vorbereitung der Herbstkonferenz und weiteren Aktivitäten herangehen.

Die schlechten Seiten der Atomenergie sind allgemein bekannt: Gefahren von Tod und Zerstörung vom Uranabbau über Produktion und Transport bis hin zum Müll. Rein von der Sache her gesehen haben wir die besseren Argumente, und deswegen dürfte es eigentlich gar keine AKW mehr geben. Nur - die Macht haben die anderen, die Atom- und die stromverbrauchende Industrie, die Wissenschaft, die etablierten Parteien. Und die vertreten nun mal nicht unsere Interessen.

Die etablierten Parteien wollen im Konzert der Atommächte mitspielen, die Atomindustrie will ihren Profit machen. Mit Argumenten über die Gefahren der Atomenergie ist denen nicht beizukommen. Sie können immer nur dazu dienen, noch unbedarfte Menschen davon zu überzeugen, daß wir uns gegen AKW wehren müssen.

Deswegen halten wir auch nicht allzuviel davon, an PolitikerInnen zu appellieren, sie mögen die Gefährlichkeit der Atomenergie doch endlich mal einsehen (nach über zwanzig Jahren kommerzieller Nutzung und fast ebensolangen bewegten Auseinandersetzungen!). Oder den langen Weg über die vielen kleinen Energiewendeprojekte zu gehen, die zwar den Schritt in dir richtige Richtung lenken, den Konzernen aber nur dazu dienen, von den Atomkraftwerken abzulenken. Oder gar die große Ökopartei zu wählen, weil es leider nicht beruhigender ist, wenn ein grüner Staatssekretär die Wiederanfahrgenehmigung für Brokdorf erteilt...

Die AKW sind aufs innigste mit dem politökonomischen System verknüpft, sie stehen sozusagen im Zentrum der herrschenden Ordnung. Unser Gegner ist eine der stärksten Wirtschaftsbranchen und ihre Profitmachinerie. Hier zählt nicht, wer hat die besseren Argumente, sondern: wer hat die Macht seine Interessen gesellschaftlich durchzusetzen. Und da haben sich die acht großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) schon immer auf die herrschende Seite geschlagen. Sie alle sind durch die Nazis und deren kriegsvorbereitendes Energiewirtschaftsgesetz großgeworden. Siemens war eines der ersten Unternehmen im Faschismus, das die profitable Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Produktion erprobte und durchführte. HEW hat wesentliche Bauarbeiten ihres damals modernsten Kraftwerks von KZ-Häftlingen durchführen lassen, von denen sich viele dabei zu Tode geschunden haben. Heute ist diese Verbundenheit mit dem herrschenden System natürlich moderner, dem freiheitlich-demokratischen Bewußtsein angepaßt. Die Zerstörung von Menschen und Natur in den Uranabbaugebieten wird hinter den weltweiten marktwirtschaftlichen Beziehungen versteckt. Für den Betrieb der AKW sei der parlamentarische Mehrheitswille verantwortlich. Und schließlich - Privateigentum ist heilig - dienen die EVU ganz uneigennützig ihren AktionärInnen, die natürlich eine ordentliche Dividende sehen wollen. Wenn dann noch ein paar Mark für ökologische Imageprojekte übrig sind, gebärden sich diese Konzerne bereits als die Retter der Welt. Freiwillig werden sie die AKW niemals abschalten - sie müssen dazu mit aller Macht gezwungen werden. Und dieser Zwang muß von uns kommen, das wird uns niemand abnehmen.



Die Atomkraftwerke haben die EVU in den neunziger Jahren so richtig stark gemacht. Der erste Schritt dazu war, über die Stromtarife der Bevölkerung die Milliardeninvestitionen in den Bau der AKW zu finanzieren. Was für uns nur Pfennige sind, summiert sich bei den Konzernen aufgrund ihrer Gebietsmonopole zu Milliarden. Ebenfalls über die Stromtarife werden die Geldbeträge finanziert, die für den späteren Abriß der AKW zurückgelegt werden. Über die Ankurbelung des Stromverbrauchs und die Durchsetzung von Monopolpreisen gegenüber der Bevölkerung bringen die AKW bei voller Auslastung ständig Profit rein. Und durch die Rückstellungen für den späteren Abriß sind die EVU ständig liquide. D.h. bei ihnen liegt aktuell nicht benötigtes Geld einfach rum. Das wiederum hat zwei wesentliche Auswirkungen: die EVU sind relativ unabhängig von Bankkrediten, sie brauchen keine Zinsen abführen und erhöhen somit ihre eigene Profitrate. Und: da sie Geld genug haben, können sie ständig andere Firmen aufkaufen oder gründen und so beständig größer, einflußreicher, mächtiger werden. Nachdem auf diese Art und Weise der Energiesektor größtenteils untergeordnet wurde (Ausnahme: Mineralölindustrie), wird jetzt nach und nach eine Wirtschaftsbranche nach der anderen geschluckt. Die Müllentsorgungsbranche wird schon von den EVU dominiert. Z.Zt. läuft gerade die Inbesitznahme des großen Zukunftsmarktes Telekommunikation.

Gleichzeitig haben die EVU die Unterstützung anderer Wirtschaftszweige. Ein Teil der Riesenprofite wird über niedrige Strompreise an die Stromgroßverbraucher in der Industrie weitergegeben (Grundstoffindustrie). Und nicht zuletzt, da unter den AktionärInnen oft Kommunen und Bundesländer mit großen Aktienpaketen wandeln (z.B. REW, HEW), können sie sich bei Auszahlung guter Dividenden und bei Berücksichtigung sonstiger Zahlungen an den Staat (Steuern, Konzessionsabgabe) auch der politischen Unterstützung großer Teile der etablierten Parteien gewiß sein. Die AKW-Betreiber sitzen im Herzen des Systems. An den AKW sind so viele Profit- und Machtinteressen gekoppelt, daß der Gegner hier tatsächlich die ganze Profitmachinerie ist.

Ein starker Gegner, aber keineswegs immer übermächtig. Die Expansionspläne in der Atomenergienutzung wurden in den Achtzigern gründlich gestoppt, einzelne Anlagen konnten immer wieder gekippt werden (Whyl, Wackersdorf). Entscheidend hierfür ist, daß mit der Technologie auch die herrschende Ordnung in Frage gestellt wird (ob bewußt oder unbewußt). Da den Entscheidungsträgern im System die AKW so wichtig waren und sind, wird auf Protest und Widerstand in der Regel mit Integration und Repression reagiert. Wer sich an die Spielregeln hält und damit harmlos bleibt, wird in Ruhe gelassen, die anderen soll mit Polizeigewalt und Strafverfolgung zur Räson gebracht werden. Nur gibt es den Punkt, wo dies nicht mehr geht, wo die eigenen Spielregeln hinderlich werden: wenn die ökonomischen Widersprüche zu groß werden (weil Atomprojekte zuviel an Subventionen oder Schutzmaßnahmen kosten) und die Überzeugung, daß gegen Atomkraft auch jenseits der Gesetze vorgegangen werden muß, von vielen geteilt wird, ist die offene staatliche Repression nicht immer möglich. Hier sind die Spielräume, wenigstens einzelne Anlagen zu kippen und darüber einmal das ganze Atomprogramm und die Macht der EVU ins Wanken zu bringen.

Für wirkungsvoll im Kampf gegen die Atomenergie halten wir die Infragestellung der herrschenden Ordnung und die Entwicklung von Strategien, die mit den AKW auch das gesellschaftliche System bekämpfen. Strategien, die auf eine Vernichtung des in AKW investierten Kapital hinarbeiten, darauf, den Konzernen und die ihnen zuarbeitenden Parteien den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Dazu gehört, möglichst viele in der Bevölkerung auf seine Seite zu bringen, und dazu gehört, mittels Aktionsformen und Kampagnen die herrschende Ordnung wenigstens punktuell außer Kraft zu setzen.

Das ist es, was wir in Gorleben erleben, was den Widerstand dort für unsere Möglichkeiten so erfolgreich macht. Besetzung und Blockaden als unmittelbarer Ausdruck, sich der herrschenden Gewalt in Form von Atomanlagen, von Polizei und Justiz in den Weg zu stellen, Sabotage als Angriff auf ihre Maschinerie und ihr Kapital, Verweigerung gegenüber Gesetzen als Ausdruck unserer Illoyalität zu diesem System.

Dabei ist Gorleben zweifelsohne der Höhepunkt der Bewegung und nur aufgrund der alltäglichen Kleinarbeit möglich geworden. Flugis verteilen, Veranstaltungen und Diskussionstreffen, Büroarbeit und kleine Öffentlichkeitsaktionen sind die unspektakuläre (und legale) Voraussetzung dafür, daß solche punktuelle Stärke erreicht werden kann. Gorleben ist auch nicht der entscheidende Hebel gegen die Atomindustrie, sondern nur ein Punkt unter vielen. Die Bedeutung der Anti-Castor-Aktivitäten liegt darin,

- hier wieder mal eine gemeinsame Stärke zu erleben,
- das Thema Anti-AKW wieder in die öffentliche Debatte zu bringen und
- einen Ansatzpunkt zu haben, solche Widerstandsformen auch an andere Standorte zu tragen.

Nur wenn letzteres gelingt, entsteht eine reale Perspektive, die Stillegung der Atomanlagen durchzusetzen. Die Aktionsorte liegen vor der Haustür, neben den zahlreichen Atomtransporten und -anlagen sind dies auch die HEW mit ihren Kundenzentren, der Hauptverwaltung in der City Nord und den Betriebshöfen.

Zu tun gibt es genug, auch wenn gerade kein Castor nach Gorleben rollt. Schluß mit der Atomindustrie!

Anti-Atom-Büro Hamburg

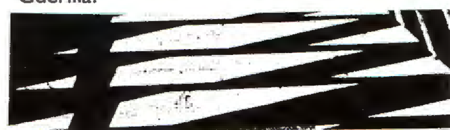


Foto: Foto-Kollektiv-Archiv 95
"Der Castor rollt ins Zwischenlager"

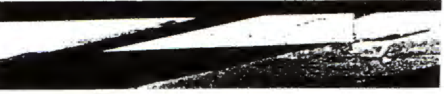
Neue Volksarmee in Mexiko

Zweieinhalb Jahre nach dem zapatistischen Aufstand in Chiapas ist in Mexiko eine weitere Befreiungsarmee an die Öffentlichkeit getreten: die EPR - Ejército Popular Revolucionario (Revolutionäre Volksarmee). Ihre erste öffentliche Präsenz zeigte die EPR während einer Gedenkfeier am 28.6.96 in Aguas Blancas/Guerrero. (In Aguas Blancas waren im Juni 1995 17 Campesinos, die auf dem Weg zu einer Demonstration waren, von "Judicial"-Polizisten erschossen worden.) Uniformiert mit olivgrünen Hemden, dunkelbraunen Hosen, die Gesichter mit Halstüchern und Pasamontañas verdeckt und ausgestattet mit modernen hochwertigen Waffen besetzten ca. 60 Männer und Frauen die Bühne, verlasen ein kurzes Manifest, in dem sie ankündigten, bewaffnet gegen die volksfeindliche Regierung zu kämpfen und verschwanden unbehelligt. Dieser erste kurze Auftritt der EPR gab in Mexiko Anlaß zu vielen Spekulationen, noch dazu 2 Tage vor Beginn des "Forums für die Reform des Staates" der EZLN in San Cristóbal. Die Militarisierung im Bundesstaat Guerrero wurde drastisch verschärft und zahlreiche Mitglieder von Campesino-Organisationen als mutmaßliche EPR-Aktivisten festgenommen. Die EZLN erklärte auf dem Forum, keine Verbindung zur EPR zu besitzen und von deren Existenz nichts gewußt zu haben. Abgesehen davon waren die Kommentare der zap. Kommandantur sehr zurückhaltend und neutral. Von Seiten der EPR gab es keine weiteren Informationen. In Guerrero kam es zu einigen Zusammenstößen, bei denen eine ungewisse Anzahl von Soldaten der Bundesarmee getötet wurden und zu weiteren Festnahmen mutmaßlicher EPR-Mitglieder. Präsident Zedillo bot der EPR an, das Militär aus Guerrero abzuziehen, wenn die Guerilla ihre Waffen abgebe. Anfang August gab die EPR-Kommandantur dann zwei Exklusiv-Interviews, eines in den Bergen von Guerrero und eines in einer konspirativen Wohnung in Mexiko-Stadt, und veröffentlichte das "Manifest der Sierra Madre Oriental", in dem sie ihr pol. Programm darlegt. Zusammen mit den Aussagen der bisher

bekannten KommandantInnen José Arturo, Fransisco, Antonio, Victoria, Oscar und Vicente während der Interviews zeichnet sich so ein erstes Bild der neuen mexikanischen Guerilla:



Die EPR gründete sich am 1. Mai 94 als Zusammenschluß von 14 verschiedenen bewaffneten revolutionären Gruppen, von denen einige seit fast 30 Jahren klandestin operieren. Als politische Struktur wurde am 18.5.96 die PDPR (Demokratische Revolutionäre Volkspartei) gegründet, deren Zentralkomitee das Oberkommando über die Truppen der EPR hat. Hierzu muß ergänzt werden, daß die Kommandanten der EPR auch gleichzeitig dem ZK der PDPR angehören. Die Mitglieder der EPR-PDPR sind nach eigenen Angaben ArbeiterInnen, Campesin@s, Intellektuelle, Hausfrauen. Angestellte. Die EPR-PDPR hat landesweite Präsenz und operiert auf dem Land und in den Städten mit unterschiedlichen Mitteln. Über die Größe ihrer Organisation und Anzahl ihrer Unterstützungs-Basen in den Dörfern gaben die Comandantes keine Auskunft. Comandante Vicente hob die Beteiligung der Frauen im Kampf der EPR hervor. Von der einzigen bisher bekannten Komandantin, Victoria, gibt es allerdings bis heute keine öffentliche Aussage.



Der Diskurs der EPR trägt marxistisch-leninistische Züge, aber es wird von keinem speziellen -ismus- gesprochen. Im Angesicht der desolaten Situation des Landes (als Hauptpunkte werden genannt: Armut, Ausbeutung, Repression, Militarisierung, Polizeiwillkür, volksfeindliche Regierung) sieht die EPR den bewaffneten Kampf der "Großen Gruppe" der Unterdrückten als Selbstverteidigung an. Eine Kriegserklärung an die mexikanische Regierung macht sie aber nicht, "denn es herrscht bereits ein Krieg niederer Intensität, und das werden wir mit bewaffneter, revolutionärer Propaganda deutlich machen." Gleichzeitig bewerten sie den legalen Kampf als berechtigt, "solange er nicht zum Ziel an sich wird." Der bewaffnete Kampf könnte durch den legalen ergänzt werden, eingeschlossen dem parlamentarischen (hier nennen die Kommandanten die PRD und einzelne ihrer Politiker). Die EPR strebt eine "Zuspitzung des revolutionären Kampfes" an und ruft alle sozialen Gruppen und Organisationen, "ob legal oder klandestin" zur Bildung einer "einzigen historischen Kraft" auf und zu einem "triumphalen Volksaufstand", aus dem dann eine "revolutionäre Regierung" hervorgeht. Unter den Forderungen der EPR heben die Comandantes eine neue Regierung, eine neue Verfassung, die Neuordnung der nationalen Wirtschaft und die Errichtung einer "authentischen Republik" hervor. Im Gegensatz zur EZLN geben sie an, für die Macht zu kämpfen und präsentieren ein pol. 45-Punkte-Programm, das recht allgemein gehalten ist. Einige Beispiele: das Recht des Volkes, seine Regierung zu wählen und an pol. Entscheidungen teilzunehmen, die Verteidigung der nationalen Souveränität, die Verteilung des Landes und die Abschaffung der Latifundien, die Gleichberechtigung der Frau, die Rechte der indigenen Völker, das Recht auf Arbeit und gerechte Löhne für alle, Bestrafung der Schuldigen der Repression, Steuerreform, Festpreise für Agrarprodukte und verschiedene soziale Absicherungen der Bevölkerung bis Punkt 45, der die "Förderung des Sports" behandelt.



Die Farben der neuen Volksarmee sind rot-schwarz (schwarz für ihre Toten - nicht f. Anarchie) und ihre Embleme Stern, Hammer und Machete. Der Sprachstil der Comandantes ist ernst und direkt. Diese Ausdrucksform wählen sie bewußt (im Gegensatz zum Stil der EZLN). "Die Poesie kann nicht die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sein. Durch das Wort ist es gelungen, eine mexikanische Kraft zu entwickeln, aber wenn diese nicht durch solidere Elemente gefüllt wird, verbraucht sie sich. Trotz dieser Kritik am Stil der EZLN erscheint die Ausdrucksform von José Arturo an einigen Stellen von der des Subcomandante Marcos geprägt, bis dahin, daß er das comunicado "Wer muß um Vergebung bitten?" in Hinblick auf die EPR zitiert. Die opt. Präsentation der Kommandantur während des Interviews wirkt sehr anders, als mensch es von der EZLN gewohnt ist: Die Fahnen der EPR und Mexikos an der Wand, links und rechts davon schwerbewaffnete Wachen, die demonstrativ die MP's halten. Die Bilder wirken bewußt martialisch-militärisch inszeniert.

Die EPR verschweigt zwar nicht ihre Differenzen zur EZLN, bezieht sich aber stets mit Respekt auf diese und versichert, daß eine angebliche Rivalität eine "reine Erfindung der Regierung" sei. Im Januar 94 habe die EPR die "compañeros in Chiapas" mit Aktionen in Mexiko-Stadt zu unterstützen versucht, und auch jetzt sichern die comandantes im Interview der EZLN militärische Unterstützung zu, "wann immer sie sie brauchen", z.B. für den Fall einer neuen Offensive. Für die EPR ist der bewaffnete Weg aber ganz klar "der einzige Ausweg, den die Regierung läßt" und sie kündigen an, nicht verhandeln zu wollen, "denn noch nie hat irgendeine Regierung auf der Welt harakiri begangen." Die Comandantes heben in den Interviews die militärischen Erfolge der EPR hervor, die 59 Gefallenen der Bundesarmee und versichern, daß sie über ausreichend militärische Kräfte verfügen, "um jede Aggression von Seiten der Regierung beantworten zu können." Als augenfälliger Unterschied zu EZLN waren bereits beim ersten öffentlichen Auftritt der EPR im Juni deren moderne Waffen aufgefallen, weswegen Regierung und Presse über Verbindungen zum Drogenhandel spekulierten, "denn solche Waffen hat bei der EZLN nicht einmal der Sup." Comandante José Arturo erklärt dazu, die EPR mache keinerlei Drogengeschäfte und der Drogenhandel sei vielmehr "organischer Teil des Staates." "Unsere Waffen sind die zur Zeit auf dem schwarzen Markt in Mexiko erhältlichen. Unsere Finanzquellen dafür sind Bankenteignungen und Entführungen von Angehörigen der Finanzoligarchie des Landes." Weitere Informationen will er dazu nicht geben.

Von Seiten der Regierung hagelt es seit dem ersten Auftauchen der EPR abschätzige und beschwichtigende Kommentare, von "höchstens 30", dann 300 Mitgliedern war die Rede. Es handele sich um "eine Pantomime" und man habe die Comandantes schon lange identifiziert.

Diese offiziellen Stellungnahmen wurden in der Nacht des 28.8. ad absurdum geführt, als die EPR wiederum öffentlich auftrat - diesmal in 6 Bundesstaaten, darunter Guerrero, Chiapas und die angrenzenden Bundesstaaten Tabasco und Oaxaca. In 4 Bundesstaaten griffen Einheiten der EPR (20-30 Personen) Kasernen und Polizeistationen an. Im Verlauf der Zusammenstöße gab es mindestens 15 Tote und 27 Verletzte. In Chiapas blockierte die EPR an verschiedenen Punkten die Straßen, darunter auch an Stellen, die im Einflußgebiet der EZLN liegen. Zu Zusammenstößen kam es in Chiapas nicht und Comandante José Arturo kündigte an, die EPR werde in Chiapas keine Angriffe gegen die Bundesarmee führen, "um nicht in den Dialog zwischen EZLN und Regierung einzugreifen."

Die mexikanische Regierung traf sich zu einer Krisensitzung mit den Gouverneuren der 6 Bundesstaaten und kündigte an, "mit aller Kraft und Härte" gegen die EPR vorzugehen. Aus den USA meldeten sich besorgte Stimmen aus dem Weißen Haus, daß die Unruhen aus Mexiko (hier wurden sowohl die EPR wie auch die EZLN genannt), ausländische Investoren abschrecken könnten.

L'europe des luttes (c/o Schwarzmarkt)

Repressionswelle in Italien

Am Morgen des 17. September 1996 haben ca. 300 Personen der Sondereinheiten der Römischen Carabinieri Hausdurchsuchungen bei und Verhaftungen von AnarchistInnen im gesamten Italienischen Staatsgebiet durchgeführt: 60 Durchsuchungen, 70 Ermittlungsverfahren, 20 Haftbefehle, zusätzlich noch 9 gegen die sowieso schon inhaftierten AnarchistInnen Jean Weir (eine bekannte anarchistische Autorin), Antonio Budini, Carlo Tesseri, Christos Stratigopoulos, Marco Camenisch. Die (bis auf Marco) wurden Anfang dieses Jahres, mittels einer falschen Kronzeugin, zu 6 Jahren Knast wegen 2 Banküberfälle, die sie nicht begangen haben, verurteilt. Der Berufungsprozess findet am 7.9.96 in Trient statt.

Die Repression ist Teil eines Konstruktes, aufgebauscht vom Römischen Richter Antonio Marini und von den Staatsanwälten Ionta und Vigna, mit dem Ziel die Existenz einer 'phantomähnlichen umstürzlerischen paramilitärischen anarchistischen Organisation' zu beweisen. Die erste Durchsuchungswelle fand im Februar 95 statt, aber es wurden niemals und nirgends Waffen, Geld, Verstecke oder Dokumente entdeckt, die der 'Bande' gehören könnten, welcher tatsächlich immer noch ein Name fehlt..

Einige der beschuldigten sind sofort verhaftet worden und auf Veranlassung des Richters Marini sofort in das Gefängnis von Rebibbia gebracht worden, andere sind zur Zeit noch untergetaucht. Unter den Festgenommenen befinden sich Alfredo Bonanno (Ehemann von Jean Weir, und Verfasser zahlreicher in der Anarcho-szene bekannnten Texte), Giuseppina Ricobuoni (Partnerin von Antonio Budini), Stefano Moreale, Tiziano Adreozzi, Salvatore Gugliara und Antonio Gizzo. Die Festgenommenen befinden sich in strenger Isolationshaft, und können nicht einmal mit ihren AnwältInnen sprechen.

Die Anklagen sind schwerwiegendst und reichen von 'umstürzlerische Vereinigung' über 'Bewaffnete Raubüberfälle' bis hin zu 'Mord'. Praktisch wird versucht, der anarchistischen Bewegung sämtliche ungelöste Straftaten der letzten Jahre anzuhängen, ohne dass es auch nur die geringsten Beweise dafür gibt. Besonders hinweisend auf das laufende Klima und die Akte der Verfolgung ist ein Ausspruch des Richters Marini -'bevor ich in Pension gehe, werde ich eine Terroristenbande einknasten'.

Äusserst beunruhigend ist auch die Presseerklärung der Carabinieri, in der von einer (nicht vorhandenen) 'umstürzlerischen Organisation' die Rede ist, welche auf 'zwei Ebenen strukturiert' sein soll: eine interne, offenbar versteckte und illegale Ebene, geschützt von einer zweiten Ebene, die sichtbarer ist, ideal um 'sich in der sozialen Umgebung zu tarnen und um gemeinsam mit anderen umstürzlerischen Subjekten in gefährlichen kriminellen Vereinigungen zu wirken'. Es ist eindeutig, dass sie mit dieser 'zweiten Ebene' vorhaben, all jene Realitäten und Orte des Zusammenseins und Solidarität zu treffen (wie El Paso in Turin oder andere besetzte Häuser, Orte und Zentren Italiens), die all jene unterstützt haben und unterstützen, die sich nicht den repressiven Apparaten des Staates unterwerfen.

Dieser Text wird mit geringfügigen Änderungen von einer Übersetzung eines italienischen Textes von A-Infos (D) nachgedrückt. Für mehr Infos könnt Ihr anschreiben: A-Infos (D), c/o Barrikade, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, Deutschland. Es gibt auch eine Broschüre zu den Anklagen gegen Jean, Christos, Antonio und Carlos, für 3 DM + 1, 50 Porto bei Die Lunte, Haus 33, Dogmagstr. 33, 80807 München erhältlich.

Strassenfeste in England

Am 24.8. also am Tag des Strassenfestes hier im Schanzenviertel, wurde versucht eine Strassenbesetzung unter dem Motto 'unter dem Pflasterstein liegt der Strand...' in der Küstenstadt Brighton durchzusetzen. Diese wurde von einem massiven Polizeiaufgebot verhindert, und eine Jagd durch die Strassen der Stadt folgte. 80 Menschen wurden festgenommen. Wenige Tage später hat die Gruppe 'Justice?' versucht, ein

Nachbereitungstreffen zu veranstalten. Der Inhaber der Räumlichkeiten, wo das Treffen stattfinden sollte, wurde aber von der Polizei gewarnt, er solle kein solches Treffen stattfinden lassen. Daraufhin haben die OrganisatorInnen das Treffen spontan auf die Polizeiwache verlegt, wo sich rund 100 Menschen im Wartesaal getroffen haben. Anwesende Polizisten wurden dadurch eher verwirrt als zum Eingreifen veranlasst! Warum der ganze Wirbel?

Die Aktion wurde als Teil der Bewegung 'Reclaim the Streets' verstanden, die es nun seit 5 Jahren gibt. Sie versucht die Bewegung gegen Strassenbau in die Stadt zu bringen, sowie zu verdeutlichen, wie dieser Kampf den Rahmen einer rein Ökologischen Bewegung springt. Das Auto wird als Stütze eines kränkenden industriellen Kapitalismus verstanden, seine Produktion wird gleichzeitig als symbol (und materielle Wirklichkeit) der Fabrikgesellschaft und der durch Rationalisierungen entstandenen Massenentlassungen der letzten Jahrzehnte verstanden, und der Konsum des Autos als Verherrlichung des Individualismus. Die Strasse konzipieren sie als Ort der Begegnung und Austausches, welche durch diese grauenhafte Ausprägung des kapitalistischen Systemes besetzt wird. Durch ihre Aktionen wollen sie der Herrschaft des Kapitals, wie sie in von Autos dichtbefahrenen Strassen zum Ausdrück kommt, eine andere Art Besetzung entgegensetzen. Das heisst die Zusammenkunft von feiernden Menschen, möglichst laut, unangemeldet auf Durchgangsstrassen.

Am 13.7 besetzten zwischen 3.000 (laut Polizei) und 10.000 Menschen (laut OrganisatorInnen) eine Durchgangsstrasse in London. Während der Besetzung haben AktivistInnen die Oberfläche der Strasse zerstört, und dadurch den Verkehr 3 Tage lang behindert. Solidarität mit den streikenden U-Bahn ArbeiterInnen wurde kräftig verkündet, und mehrere Aktionen zu ihrer Unterstützung wurden in den folgenden Tagen durchgeführt. Inzwischen finden mehrfach Razzien bei der Zentrale von 'Reclaim the Streets' statt, sowie in den Wohnungen von einzelnen Menschen. In der bürgerlichen Presse heisst es, dass die Ökolokiebewegung von gewalttätigen AnarchistInnen unterwandert wird!

Waffenhandel

Am 2.9 fand der 'Farnborough Air Show' in Hampshire, England statt. Diese Grossveranstaltung wird alle Jahre benutzt um die Macht der Luftwaffe der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Sie ist auch ein Zentrum für Waffenhandel in aller Welt. z.B. gibt es 5 Tage vor der öffentlichen Eröffnung, in denen sich VertreterInnen von WaffenherstellerInnen und ihre KundInnen treffen. Rund 150 Menschen blockierten die Tore; 40 wurden festgenommen. Einige sind durch eine Sicherheitspanne eingedrungen und haben ein Hawk Kampflugzeug mit Farbeiern beworfen.

Die Kampagne gegen Waffenhandel ist in England ziemlich stark. Letztes Jahr wurden 4 Frauen verhaftet, weil sie ein Hawk Kampfflugzeug von 'British Aerospace' mit Hammern zerstört haben. Nach 10 Monaten Haft wurden sie im Juli freigesprochen. Der Freispruch wurde damit begründet, dass sie eine Straftat begangen hatten, die sie auch gestanden, um ein Verbrechen zu verhindern. Die Hawk Maschine wurde für Indonesien bestimmt, wo sie für die Vernichtung der Ost-Timorischen Bevölkerung wäre eingesetzt worden. Anstatt zu argumentieren dass keine Verbrechen in Indonesien gegen Ost-Timor begangen werden, und dadurch wichtige Handelsbeziehungen zu gefährden, versuchte die Staatsanwaltschaft zu beweisen, dass die Frauen aus unehrlichen Motiven gehandelt haben. Dies ist ihr nicht gelungen. British Aerospace ist eine der Firmen, die auf dem 'Farnborough Air Show' vertreten wurden.

Die nächste grosse Waffenmesse ist COPEX (Covert + Operational Procurement Exhibition) am 5.11.96. Die COPEX-Messe, mit Schwerpunkt auf Folterinstrumente und polizeiliche Bewaffnung, wurde schon aus dem Rest Europas und der USA vertrieben, aber findet in Grossbritannien weiterhin statt. Protest gegen die Messe letztes Jahr veranlasste ein Verfahren wegen übler Nachrede gegen u.a. die 'Campaign against the Arms Trade' (CAAT). Das Verfahren wurde eingestellt, sobald COPEX die Menge an gegen sie angesammelten Beweisen mitgekriegt hat. Für Infos haben wir nur eine Telefonnummer: 0044 171 281 0297 (CAAT).

Antifaschistische Selbstverteidigung.

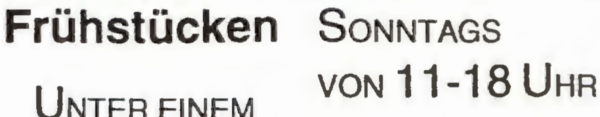
Über einen Umweg erreicht uns der folgende Aufruf zur Solidarität. Im März wurde ein Tschechischer Anti-faschist, Pavel Kroupa, in einem Prager Bus von 5 Nazis angegriffen. Pavel hat sich verteidigt, und ein Nazi ist gestorben. Pavel wurde wegen Mordes angeklagt und ins Gefängnis gebracht. Seine GenossInnen brauchen finanzielle Unterstützung für seine Verteidigung. Ob dies aktuell ist oder nicht, wissen wir nicht, aber es würde nichts schaden mal anzurufen. Anschrift für Unterstützung: Ivana Vranova, Bohunicka 19, 60000 Brno, Tschechien. Tel. 09425-339895 (frag nach Borek).











UNTER EINEM ANDEREN STERN

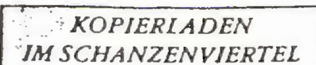
Rundstücken

NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im **FRITZ BAUCH**





SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser – Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00









termine im oktober

rote flora

2.10. Soli-Party für das Cafe Exil. Mit Dub Me Ruff und Silly Walks an den Turntables 22 Uhr.

6.10. Frauenfrühstück ab 12 Uhr.

12.10. FrauenLesben-Soli-Party für Jutta (Angeklagte im Radi-Verfahren) Dub'n'Dancehall, Double D & Sugar Chicken. 22 Uhr.

13.10. Konzert: Ed Hall und Party Diktator. 21 Uhr.

19.10. Soli-Party für Prozesse wg. 16.6.95

25.10. Shanty Town presents Ridims Galore. Perlen der Rootsmusic aufgelegt von Matthias Münchow, 22 Uhr.

31.10. Happy Birthday! Die alte Tante Flora geht in ihr 8. Besetzungsjahr. Immernoch ohne Heizung, Isolierung und bezahlte Stellen, dafür mit viel Chaos, Unordnung und astreiner, authentischer Kultur, wie es Autonome mögen.

Ständige Termine: Montag: 17-21 Uhr Cafe, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 19:30 Uhr veganes Essen. Dienstag: 16-? Uhr Dubcafe, 18 Uhr Veranstaltungsgruppe. Mittwoch: 16:30-? Uhr Cafe mit Kuchen. Donnerstag: 17-21 Uhr Cafe, 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, 19:30 veganes oder vegetarisches Essen. Samstag: 11-15 Uhr Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe. Sonntag: jeden 1. und 3. im Monat ab 12 Uhr Frauenfrühstück.



juz kaltenkirchen

4.10. Konzert: Guts Pie Earshot experimenteller Hardcore mit Cello), My Lai (vertrackter Hardcore) und Weed (Crossover).

störtebeker

25.10. Konzert: Drop Dead (US-HC) und Gästen, 21 Uhr.

2.11. Konzert: Bazookas (HH), Stimpy (77er Punk aus HH), Prison 11 (melodischer Punk aus Gö), 21 Uhr.

9.11. Konzert: Zeni Geva (Japan), Ulme (Fl), und Helgoland (HH), 21 Uhr.

hdj tweeltenbek

26.10. Konzert: Hammerhead (Bonn), Recharge (Hannover), Panxerkroiza Polpotkin (Rahlstedt) und Sozialer Abstieg (Norderstedt) 19 Uhr, Am Tweeltenbek 2 (U-Bahn Kiwittsmoor)